

# Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

**Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg**

Die Zeitung erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Baur, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Wühlstraße 8. — Fernsprechnr. 6284 bis 6287. — Postzeitungsliste Seite 210. — Text 88,2% Ausschlag. Für Postvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postkontonr. 123 Magdeburg.

Nr. 238

Magdeburg, Dienstag den 11. Oktober 1927

38. Jahrgang

## Wahlen in Hamburg

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft führten zu einem großen Erfolg der Sozialdemokratie, den selbst die rechtsstehende bürgerliche Presse bestätigen muß. Auffallend ist im Vergleich zu den letzten Bürgerschaftswahlen im Jahre 1924 eine viel stärkere Wahlbeteiligung. Am Sonntag wurden 647 402 gültige Stimmen gegen 534 326 Stimmen bei der letzten Bürgerschaftswahl (Oktober 1924) abgegeben. Diese Steigerung der Wahlbeteiligung um 113 000 Stimmen kommt bis auf 37 000 Stimmen den Sozialdemokraten und Kommunisten zugute. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis haben erhalten:

	1927	1924	
Sozialdemokraten . . . . .	247 087	173 158	+ 73 924
Kommunisten . . . . .	110 115	78 522	+ 31 593
Demokraten . . . . .	65 149	70 622	- 5 473
Deutsche Volkspartei . . . . .	72 239	74 834	- 2 595
Zentrum . . . . .	9 767	8 503	+ 1 264
Deutschnationale . . . . .	98 547	90 692	+ 7 855
Nationalsozialisten . . . . .	9 737	18 495	- 8 758
Wirtschaftspartei . . . . .	27 055	6 687	+ 20 368
Aufwertungspartei . . . . .	7 729	—	—

Gemäß den abgegebenen Stimmen werden sich die Mandate in der Bürgerschaft wie folgt verteilen:

	1927	1924	
Sozialdemokraten . . . . .	63	53	+ 10
Kommunisten . . . . .	28	24	+ 4
Demokraten . . . . .	16	21	- 5
Zentrum . . . . .	2	2	—
Deutsche Volkspartei . . . . .	18	23	- 5
Deutschnationale . . . . .	24	28	- 4
Nationalsozialisten . . . . .	2	4	- 2
Wirtschaftspartei . . . . .	6	2	+ 4
Aufwertungspartei . . . . .	2	—	+ 2

Bisher regierte in Hamburg eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei, wozu in der Regel auch noch die zwei Zentrumsvertreter kamen. Diese Koalition hatte von 160 Sitzen der Bürgerschaft 99 inne. Demokraten und Deutsche Volkspartei haben nun zehn Sitze verloren, die aber von den Sozialdemokraten neu gewonnen wurden, so daß die Koalition als Ganzes ungeschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist, wenn auch mit einer deutlichen Gewichtsverschiebung nach links.

Demokraten und Deutsche Volkspartei haben Verluste vor allem durch die Wirtschaftspartei und die Aufwertungspartei erlitten. Die Deutschnationalen haben durch ihre skrupellose Wahlpropaganda, die sich vor allem gegen die Deutsche Volkspartei richtete, einige tausend Stimmen gewonnen, sie konnten sie aber nicht in Mandate umsetzen, weil sie durch Listenverbindung mit Splitterparteien bei der letzten Wahl mehr Mandate erhalten hatten, als ihnen nach den eignen Stimmen zukamen. Besser als bei den bisherigen Wahlen in anderen Orten haben die Nationalsozialisten abgeschnitten, die in Hamburg „nur“ ein Drittel ihrer Stimmen einbüßten. Die Gesamtverluste der Demokraten, Deutschen Volkspartei und Nationalsozialisten betragen 11 826 Stimmen, denen ein Gewinn

von 37 216 Stimmen gegenübersteht. Der Hauptanteil davon fällt auf die Wirtschaftspartei, die mit einem Gewinn von 20 368 Stimmen gut abgeschnitten hat. Bei den kommenden Wahlen wird auf diese „Partei der Programmlösen“ zu achten sein. Es wird auch versucht werden müssen, den Opfern der Inflation klarzumachen, daß Sonderparteien wie die Aufwertungspartei gar nichts für die Wilvernung des harten Loses der Inflationsgeschädigten zu tun vermögen.

Die stärkere Wahlbeteiligung ist den Sozialdemokraten und den Kommunisten zugute gekommen. Der sozialdemokratische Gewinn von 73 924 Stimmen ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag für die Regierungspolitik in Hamburg mitverantwortlich sind und sich die kommunistische Agitation ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet hat. Nicht ohne Erfolg, wie der kommunistische Gewinn von 31 593 Stimmen zeigt.

Insgesamt stehen sich in Hamburg nach dieser Wahl 357 000 sozialdemokratische und kommunistische und 289 000 bürgerliche Stimmen gegenüber.

Die „Partei der Nichtwähler“ umfaßt auch diesmal in Hamburg — trotz stärkerer Wahlbeteiligung — über 225 000 Stimmen.

### Kommunisten gegen Reichsbanner

Hamburg, 10. Oktober. Der Wahltag ist leider nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Kommunisten, deren ganzer Wahlkampf auf die gemeinliche Bekämpfung der Sozialdemokratie eingestellt war, gingen am Sonntag teilweise zu tätlichen Angriffen über. Wo sie sich in der Uebermacht glaubten, fielen sie über Propagandaautos und kleine Propagandatrupps her und rissen Fahnen und Plakate ab.

Im Stadtteil Warmbeck überfielen sie mehrere von einer Rundgebung heimkehrende Reichsbannerleute und schen mit Messern auf sie ein. Dabei wurden drei Reichsbannerleute verletzt, und zwar einer so schwer, daß er sofort in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte. An einer andern Stelle der Stadt wurde ein Sozialdemokrat blutig geschlagen.

### Wahlen in Königsberg

Königsberg, 10. Oktober. Die Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung verliefen trotz der gehässigen Agitation der Deutschnationalen und Volksparteiler gegen die Sozialdemokratie ohne jeden Zwischenfall.

Die Sozialdemokratie erhielt 26 852 Stimmen gegen 13 336 Stimmen bei der letzten Wahl im Mai 1924. Sie vermochte infolgedessen ihre Mandatsziffer von 6 auf 15 zu steigern. Auch die Kommunisten haben einen geringen Stimmengewinn zu verzeichnen. Sie erhalten statt bisher 12 nunmehr 15 Mandate.

Die Deutsche Volkspartei gewann 3 Sitze, während die Deutschnationalen gerade ihren Beststand halten konnten. Schwere Verluste erlitten die Völkischen und Mieterpartei. Demokraten und Zentrum hielten ihre Stimmen.

## Die Spannung auf dem Balkan

### Kampf mit den mazedonischen Attentätern

Belgrad, 10. Oktober. Der jugoslawischen Polizei ist es — einer amtlichen Meldung zufolge — gelungen, die Wörder des Generals Kobotitschewitsch zu stellen.

Es kam dabei zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf zwei von den gestellten Attentätern getötet wurden, während der dritte festgenommen werden konnte. Von den getöteten Attentätern ist der eine Bulgare; der andre stammt aus der südslawischen Stadt Stip; der festgenommene Attentäter ist ebenfalls Bulgare. Er hat bereitgestanden, das Attentat mit den beiden getöteten Komplizen begangen zu haben.

Die hier erscheinenden Sonntagblätter betonen, daß für heute oder morgen ein Schritt der Großmächte in Belgrad und Sofia erwartet wird. Sowohl England als auch Frankreich wollen versuchen, die Krisenstimmung zu beseitigen.

### Seine Note?

Sofia, 9. Oktober. Die Gerüchte, daß die südslawische Regierung in Sofia eine befristete Note wegen der Grenzzwischenfälle überreichen ließ, werden halb offiziell in Abrede gestellt.

Es wird hinzugefügt, daß die Besprechungen des bulgarischen Außenministers mit dem südslawischen Gesandten in freundschaftlichem Tone geführt worden sind. Die bulgarische Regierungspresse äußert sich zu den Zwischenfällen zurückhaltend; sie bringt jedoch einmütig ihr Bedauern über die Ermordung des Generals zum Ausdruck und betont gleichzeitig, daß Bulgarien an diesen Vorfällen keinerlei Schuld trage. Infolgedessen müßten die unbegründeten strengen Grenzmaßnahmen der südslawischen Regierung sehr verwundern. Sie seien ungeeignet, die gegenseitige Verständigung zu fördern. „Mehr Ruhe und Selbstbeherrschung“ — so erklärt das Blatt Zankoffs — „wären dem Balkanfrieden dienlicher“. Die Regierungspresse weiß zu berichten, daß Bulgarien gegenüber den angekündigten südslawischen Grenzmaßnahmen nicht passiv zu bleiben gedenke und sie entsprechend beantworten werde.

Ein entschiedenes Vorgehen der bulgarischen Regierung gegen die mazedonische Organisation ist ausgeschlossen, weil dadurch schwere innenpolitische Konflikte heraufbeschworen würden.

Am Sonntag mittag veranstalteten die mazedonischen Verbände in Sofia vor dem Hotel, in dem der hier tagende Balkanbundeskongreß seine Sitzungen abhält, eine Demonstration unter der Parole „Mazedonien den Mazedoniern“ und „Freiheit oder Tod“.

### Calles Herr der Lage

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt zu den Ereignissen in Mexiko:

Die Energie, mit der die mexikanische Regierung Calles den Militärputsch einzelner Generale niedergeworfen hat, ist bewundernswert. Calles stützt sich, ebenso wie sein voraussichtlicher Nachfolger Obregon, vor allem auf das Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Er hat alle Mächte gegen sich, die offen oder versteckt den Kampf gegen eine soziale und fortschrittliche Demokratie aus selbstsüchtigen Gründen oder aus fanatischer Unwissenheit führen. Die Großgrundbesitzer haben sich mit der katholischen Kirche und mit Kreisen des amerikanischen Petroleumkapitals verbündet. Sie alle fühlen sich als Leidtragende des gegenwärtigen fortschrittlichen Regimes.

Tatsächlich können weder die einen noch die andern wie bisher die reichen Bodenschätze Mexikos uneingeschränkt ausbeuten. Sie wenden deshalb alle Mittel an, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen; selbst vor den schlimmsten Gewalttaten scheuen sie nicht zurück. Das zeigt unter anderem auch der grauenhafte Anschlag, der im letzten Frühjahr bei Guadalupe von einer Räuberbande unter Führung einiger fanatischer Priester auf einen Expresszug verübt wurde und mehr als hundert Frauen und Kindern das Leben kostete.

Der neuerdings ausgebrochene und inzwischen niedergeworfene Militärputsch ist nur ein weiteres Glied in der Kette der Gewalttaten, mit denen die Interessenten des mexikanischen Kapitalismus die arbeitserfreundliche Regierung zu stürzen bemüht sind. In der festen und ruhigen Haltung der Regierung Calles sind alle diese Versuche gescheitert.

Der Zustand konnte nur so schnell niedergeworfen werden, weil die Regierung Calles radikal durchgreift und sich, als es nicht anders ging, zur Abwehr der gleichen Mittel bediente, wie sie von den Aufständischen angewandt wurden. Das hatte zur Folge, daß ein Teil der verhafteten Führer des Militärputsches hingerichtet wurde. Allein das grauenhafte Verbrechen von Guadalupe beweist, daß das kulturelle Niveau jener Schichten, die sich von den Gegnern der Regierung als Werkzeug gebrauchen lassen, ein so erschreckend tiefes ist, daß man die Gegenaktion von Calles unmöglich mit westeuropäischen Kulturmaßstäben messen darf. Wir lehnen es deshalb trotz unsrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Todesstrafe ab, die Maßnahmen der mexikanischen Regierung auch nur im geringsten zu beurteilen.

### Das Vermögen der Rebellen beschlagnahmt

Mexiko, 10. Oktober. Die Regierung beherrscht die Situation vollkommen. Nur in Veracruz behauptet sich bisher noch ein Teil der Rebellen, der aber seit Sonnabend ebenfalls im Rückzug begriffen ist und jeden Kampf vermeidet.

Der entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Meldungen nicht erschossene und an der Spitze der Aufständischen stehende General Gomez beabsichtigt, nachdem er die Ausschichtslosigkeit seines Unternehmens eingesehen hat, zu verhandeln. Sie hofft, noch im Laufe des heutigen Tages die maßgebenden Rebellen verhaften zu können. Ein großer Teil von ihnen ist inzwischen in das Lager der Regierung zurückgeführt. Die Mehrzahl dieser zurückgeführten Offiziere behauptet, irreführt worden zu sein. Die Regierung hat am Sonnabend eine Verordnung veröffentlicht, die das Vermögen aller Rebellen als dem Staate verfallen erklärt. (In Deutschland bekommt sie noch Person vom bekämpften Staate. D. Red. d. „V.“) Im übrigen sind bisher acht Generale erschossen worden. Es trifft zu, daß sich darunter auch der Bruder des ehemaligen Präsidenten Guertia befindet. Er spielte im Lager der Rebellen eine große Rolle.

Der Zugverkehr Mexikos ist in bester Ordnung. Auch mit Veracruz ist am Sonnabend die Verbindung wieder aufgenommen worden.

### Vor Rakowskis Abberufung?

Der französische Ministerrat hat sich am Sonnabend sehr ausführlich mit dem Falle Rakowski befaßt. Im Anschluß an die Sitzung wurden die gesamten Dokumente des offiziellen Meinungsaustausches zwischen Paris und Moskau veröffentlicht.

Das erste dieser Dokumente ist eine Verbalnote, die der französische Botschafter in Moskau am 1. Oktober dem stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, übergeben hat. In dieser Verbalnote wird der tags zuvor von dem Pariser Ministerrat gefaßte Beschluß, daß die Anwesenheit Rakowskis auf seinem Pariser Posten unerwünscht sei, kommentiert und erklärt, daß die französische Regierung im Interesse der künftigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Rußland die Abberufung Rakowskis für wünschenswert ansehe.



Am 4. Oktober antwortete Tschitscherin in einem Schreiben, in dem er erklärt, daß die russische Regierung die Abberufung Katschinskis als unerwünscht betrachte und als unerklärlich vom Standpunkt der Erfolge in der Frage der Schuldenregelung, die nach Katschinskis erzielt wurden; es sei gefährlich für die gesamten Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen, den Botschafter abberufen zu lassen. Rußland müsse vorher eine genaue Darlegung erhalten, in der die Forderung Frankreichs auf Abberufung schriftlich fixiert und ausführlich begründet werden müsse.

Das dritte Dokument stellt die am Freitag vom französischen Botschafter an Tschitscherin persönlich übergebene Note dar, die den

#### offiziellen Antrag auf Abberufung

Katschinskis enthält. Die Note gibt zunächst einen historischen Überblick über die Entstehung des Falles Katschinski. Sie erklärt, daß Katschinski zum erstenmal mit seiner Unterzeichnung des Manifestes der russischen kommunistischen Partei aus der gebotenen Zurückhaltung herausgetreten sei. Weiter habe er die Pflicht der Zurückhaltung dann in ganz unzulässiger Weise verletzt, als er seine letzten Vorschläge in den russisch-französischen Schuldenverhandlungen sofort der Presse mitteilte, und zwar, wie die französische Note besonders betont, augenscheinlich in der Absicht, die französischen Anleihehaber gegen die Absichten der französischen Regierung aufzuheben.

In der Note wird weiter erklärt, daß Frankreich keineswegs die Absicht habe, einen Bruch der diplomatischen Beziehungen herbeizuführen; aber es sei der Ansicht, daß die Autorität Katschinskis durch diese Zwischenfälle zu sehr erschüttert sei, als daß er künftig noch Verhandlungen weiterführen könne.

Die Note wirft schließlich der russischen Regierung vor, daß sie sich allen bisherigen Schreiben der französischen Regierung gegenüber vollständig verschlossen habe. Der Generalsekretär des Außenministeriums habe Katschinski selbst gebeten, von sich aus seine Abberufung zu beantragen; aber auch er sei dabei auf volle Taubheit gestoßen. Endlich verweist die Note, daß schon der erste Schritt des Moskauer Botschafters am 1. Oktober den formellen Antrag auf Abberufung Katschinskis enthielt und dieser Antrag nunmehr schriftlich erneuert werde.

In diplomatischen Kreisen zeigt man sich außerordentlich besorgt über die Weiterentwicklung des Falles Katschinski. Man erklärt, daß die bisherigen Ereignisse nur das Wortwort gewesen seien und daß jetzt erst der eigentliche entscheidende Kampf zwischen den beiden Regierungen beginnen werde. Dem steht aber eine — allerdings noch nicht vollständig bestätigte — Moskauer Meldung entgegen, daß die Sowjetregierung bereit sei, der Forderung Frankreichs auf Abberufung Katschinskis nachzukommen. Die Sowjetregierung werde aber betonen, daß die Arbeit Katschinskis in Paris immer das Vertrauen der Sowjetregierung genossen habe und er sich trotz dieser Affäre weiter an der russischen Außenpolitik beteiligen werde.

Wie gesagt, ist diese Moskauer Meldung amtlich noch nicht bestätigt, jedoch spricht alles dafür, daß der Katschinski-Konflikt in dieser Weise gelöst werden wird, ja nach Lage der Dinge für Moskau gar keine vernünftiger Lösung übrigbleibt, als nachzugeben. Daß man sich in einer Vertrauens-erklärung für Katschinski eine goldene Rückzugsbrücke baut, ist verständlich.

## Not-Front in Wittenberge

In Wittenberge hat es in der Nacht zum Sonntag gelegentlich eines Treffens des Gauces Brandenburg des Noten Frontkämpferbundes eine arge Prügelei mit anschließender Verhaftung mehrerer Mitglieder des Noten Frontkämpferbundes gegeben. Berliner Montagsblätter schieben den Notfrontlern die ganze Schuld zu.

## Don Juan

im Stadttheater.

Man muß Mozarts „Don Juan“ objektiv-musikalisch werden um ihn gerecht zu werden. Als Dichtungsmittel im dramatischen Sinne läßt er die Liebe vermissen, mit der man eine so psychologische Figur wie den Don Juan behandeln wissen möchte. Für diesen Mangel an erschöpfendem Ausdruck ist Mozart weniger verantwortlich als seine Epoche und sein Librettist Lorenzo da Ponte.

Die etwas leichtfertige Lebensauffassung des späten Rokoko konnte die menschlich-psychologische Bedeutung des Don Juan nicht ganz erkennen. Man sah damals in ihm den galanten Libertin, für dessen amoralisches Treiben man so viel Verständnis hatte, daß man ihn immerhin noch als selber geliebt sah, wenn man ihn auch vor der endgültigen Verbannung nicht benehmen mochte. Aber man sah in ihm nicht den großen Menschen, den unmaßlieblichen Dämon, den unermesslichen Feind, der — ähnlich wie sein geistiger Verwandter — den letzten Sinn des Lebens jenseit, aber nicht im Ethis: im Geistigen, Religiösen, sondern im Eros: im Irdischen, Sinnlichen und Körperlichen. Man hat den großen Don Juan betrachtet, hat seinen Dämon zu einem Schelm, seine Verbannung zu einem galanten Exil gemacht. Aus dem jenseitigen Strafbann, aus dem ewigen Feuer hat man ihn in die hellere Welt der irdischen Vergnügen zurückgeholt. Es wurde sein Schicksal im Eros, sein Schicksal an der Welt der Vergnügung in gewöhnlicher Sprache des Humors behandelt.

Daß Mozart also nicht viel gedankliche Tiefe, die er mit Mozart hätte ausfüllen können; er mußte sich beschränken auf den geistlichen, gewöhnlichen Standpunkt, wie er von der bürgerlichen Dichtung gewohnt war. Der große Schöpfer, bei der Aufgabe des reinen Geistes und beim Schicksal der Seele, schenkte dem menschlichen in seiner Kunst.

Diese Betrachtungen sollen nur die Freude an Mozarts „Don Juan“ nicht vermindern, nur helfen sie nur an, man darf nicht, daß es eine tiefere, psychologische und philosophische Zeit in der Kunst des galanten Schmeichlers mehr gibt und nicht, daß wir heute, gerade auch eine tiefere, psychologische und philosophische Zeit. Aber das wird schon wieder ein philosophisches, ästhetisches Problem der Kunst, deren Möglichkeiten und deren Sinn grundsätzlicher Betrachtungen (im Bereich des Dramas) wohl gar nicht einschließen. Für die Epoche der 18. und 19. Jahrhunderts und insbesondere für die Zeit der „Don Juan“ — immerhin eine Zeit und als Mozart es sich behauptet eine Schöpfung.

Das Stadttheater brachte die Oper in der letzten Vorstellung des Hermann Lohr heraus, die den höchsten Stil hat und auch in dem unvollständigen „Don Juan“ an die von Mozart selbst für die Stadt Prag im Jahre 1781 komponierte Originalfassung erinnert. Die große Leistung für die Opernel-

Nach der Darstellung der Berliner „Montagspost“ sollen Berliner Kommunisten das Langberggülden eines Gefälligkeitsvereins für eine Veranstaltung des Stahlhelms gehalten haben. Dort seien zunächst zwei Kommunisten erschienen, hätten Bier verlangt und anstandslos bekommen, worauf sich der eine wieder entfernt hätte. Er sei aber nach einigen Minuten wieder zurückgekehrt und hätte den Wirt gefragt, warum er seinen Begleiter zurückhalte. Als der Wirt antwortete: „Ich halte niemand zurück.“ seien plötzlich alle Fenster Scheiben eingeschlagen worden und ein Trupp Kommunisten in den Saal eingedrungen, der auf die über-raschten Gäste eingeschlagen hätte, wovon zwölf durch Messerstiche schwer verletzt wurden, einer davon lebensgefährlich.

Wegen dieser Ausschreitungen hat die Polizei die für den Sonntag geplanten Veranstaltungen verboten. Die von außerhalb, vor allem aus Berlin, in Wittenberge eintreffenden Noten Frontkämpfer wurden sofort nach Berlin wieder abgehoben. Von den Verhafteten sollen sieben Kommunisten dem Gericht wegen Landfriedensbruchs vorgeführt werden. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

## Albert Thomas zur Berliner Presse

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, sprach am Sonnabend vor der Berliner Presse über die Bedeutung der Berliner Tagung des Verwaltungsrats.

Thomas gab in deutscher Sprache zunächst in einigen Sätzen ein Bild von der internationalen Arbeitsorganisation, von den Aufgaben des Verwaltungsrats, des Arbeitsamts und der Arbeitskonferenzen. Er ließ dann die bedeutendsten Persönlichkeiten des Verwaltungsrats Rede passieren und zeichnete, oft mit viel Witz und Humor, ihre geistigen Porträts.

Die Fähigkeit des Verwaltungsrats, betonte Thomas, ist in erster Linie eine diplomatische. In den Debatten und Verhandlungen des Verwaltungsrats schweigen die politischen Leidenschaften, womit natürlich nicht gesagt ist, daß sie dabei keine Rolle spielen. Im Gegenteil, die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze, vor allem der große Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, beeinflussen, wenn auch nicht in äußerlich sichtbarer Form, vom Hintergrund aus den scheinbar leidenschaftslosen Gang der Debatten im Verwaltungsrat.

Deutschland soll einmal — das ist nach Thomas mit der Hauptaufgabe der Tagung von Genf nach Berlin — den Verwaltungsrat bei seiner Arbeit sehen. Die Berliner Tagung soll, wie Thomas andeutete, nebenbei auch den Vorteil haben, daß in den Fragen der Ratifizierungen von deutscher Seite einige Zugeständnisse — eine Art Ehrengabe — dem Verwaltungsrat gemacht werden. Neben der bereits bekannten Tagesordnung wird auf der Berliner Tagung auch über den Achtfundentag eingehend gesprochen werden.

Die Bedeutung des Achtfundentags, hob Thomas mit Wärme hervor, sei ihm in Deutschland erst jetzt wieder beim Besuch der Ausstellung des jungen Deutschlands im Berliner Schloß Bellevue ganz besonders zum Bewußtsein gekommen. Freilich, so fügte er mit einem Anflug von Melancholie hinzu, dürften auch die Arbeiter nicht immer gerade dann in der Achtfundentags-Kampagne erlahmen, wenn vom Arbeitsamt her ein Vorstoß unternommen werde. Das Interesse für die Achtfundentagsbewegung wie für die nationale und internationale Sozialpolitik müsse noch ganz anders entfacht und gesteigert werden, als das bisher der Fall war. Kein Friede ohne sozialpolitische Verständigung! Wie oft habe er im Laufe der Nachkriegszeit immer wieder in Deutschland mit Hilfe der Räten des Verwaltungsrats Verbindungen für eine bessere Verständigung zwischen Berlin und Genf, vor allem auch zwischen Deutschland und Frankreich zu knüpfen versucht, leider nicht mit viel Erfolg.

Erfreulich sei, daß jetzt die Mitarbeit und der Einfluß Deutschlands bei der Arbeit in Genf wachse, wie das schon rein

äußerlich durch die Besserstellung Deutschlands in der Sprachfrage und in der härteren Befehung des Genfer Beamtenschafts mit deutschen Beamten zum Ausdruck komme. Wenn im allgemeinen der sozialpolitische Fortschritt immer noch so viel zu wünschen übrig lasse, so liege das nicht zum wenigsten an der dauerlichen sozialpolitischen Weltanschauung in allen Verwaltungen, die zu bekämpfen mit einer Hauptaufgabe der Genfer Arbeit sei.

Mit einem Hinweis auf das Wachstum Berlins, das er ja schon von seiner Jugendzeit her kenne — er sei sozusagen auch ein alter Berliner — und auf den in diesem Wachstum sich widerspiegelnden Aufstieg der Demokratie, die freilich erst dann fest verwurzelt sei, wenn wirtschaftlich und sozialpolitisch die Lebensbedingungen der breiten Massen gesichert seien, schloß Albert Thomas seinen ob der sympathischen und natürlichen Art des Redners mit viel Beifall aufgenommenen Vortrag. —

## Der verurteilte Reichsfinanzler

Als Reichsfinanzler Max das Bürgerblut-Kabinett zusammenstellte und als Innenminister den deutschnationalen Herrn v. Reubell präsentierte, gab es einen Zwischenfall. Reubell wurde beschuldigt, einem Kreise deutschnational-völkischer Großgrundbesitzer anzugehören, die über einen Herrn v. Tresckow gesellschaftlichen Wohlstand verhängte, weil er dem Jungdeutschen Orden angehörte und sich geweigert hatte, das gegen die Verfassung gerichtete Schreiben der großen Herren im Kreise Königsberg (Neumark) mitzumachen.

Das Verbleiben des Herrn v. Reubell im Kabinett wurde vom dem Ergebnis einer Untersuchung abhängig gemacht, die Herr Max persönlich vorzunehmen versprach. In öffentlicher Reichstagsitzung sprach dann Herr Max dem Herrn v. Reubell sein Vertrauen aus und versicherte, das Vorgehen der Großgrundbesitzer sei die Folge eines großen Vertrauensbruchs gewesen, dessen sich Herr v. Tresckow schuldig gemacht hatte, habe aber nichts mit dessen Zugehörigkeit zum Jungdeutschen Orden zu tun.

Damit war der „Fall Reubell“ für die Bürgerblutmehrheit des Reichstags erledigt und Herr Reubell blieb Innenminister mit der besondern Aufgabe, auf die Wahrung der Verfassung zu achten.

Klarer als die „Untersuchung“ des Herrn Max war aber eine Gerichtsbehandlung. Herr v. Tresckow klagte gegen den Major a. D. Wabide, Gutbesitzer aus der Neumark. Herr Wabide wollte den Beweis für den „großen Vertrauensbruch“ des v. Tresckow erbringen — aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht ließ sich darauf nicht ein. So war Wabide gezwungen, seine Ausführungen in aller Öffentlichkeit zu machen.

Die Herrn Großgrundbesitzer hatten im Dezember 1925 und im Januar 1926 die schwierige Situation bei der Kabinettsbildung als geeigneten Augenblick für die Errichtung einer Diktatur Hindenburg auf Grund des § 48 der Verfassung erachtet. Eine Diktatur würde aber, meinten sie, innere Unruhen zur Folge haben, die Reichswehr würde nicht instand sein, allein dieser Unruhen Herr zu werden, da müßten illegale Formationen ihr unter die Schulter greifen. Major a. D. Wabide sprach weiter davon, daß Polen möglicherweise diese innere Unruhen zu einem Einbruch in deutsches Gebiet benutzt haben würde. Dagegen hätte man sich durch einen Grenzschutz sichern wollen.

Tresckow habe nun einen großen Vertrauensbruch begangen und die Landesverteidigung im höchsten Maße geschädigt, als er von dem Plan, im Kreise Königsberg (Neumark) zwei bis drei Kompanien aufzustellen, dem Bundeskanzler des Jungdeutschen Ordens Mitteilung machte und auf diese Weise auch mit dem Material für die Maßstäbe des Reichstags geliefert habe.

Schon die Aussage des ersten Zeugen, des Leutnants a. D. Preuß, beleuchtet schlaglichtartig die Situation im Januar 1926 im Kreise Königsberg (Neumark). Im Auftrag der Großgrundbesitzer erschien Herr Preuß am 23. Januar bei dem Leutnant a. D.

leiter Alois Schultzeiß verantwortlich zeichnet, ist hervorzuheben. Die höchsten Bühnenbilder werden avanglos hinter sich hergeschoben, während die Sänger — ganz ohne musikalische Ambitionen — born an der Klampe ihre Arien und Duette singen. Durch dieses probate und zudem billige System ist es möglich, die Oper mit nur einer Partie nicht herunterzuspielen. Sehr fein hat Schultzeiß wieder gruppiert und die Bewegung tänzerisch-rhythmisch organisiert.

Walter Bedl als musikalischer Leiter geht nicht ganz sprechend lieblich zu Werke. Bei allem Verständnis für Klarheit, sachliche Interpretation vermissen wir doch den Schmuck, gerade bei Mozart ungenügend. So ganz frei von italienischer Art (von einigen Reizen auch Unart) ist Mozarts Werk noch nicht. Man wünscht sich zu dieser großen und laudablen Kunst mehr Kubik, subtileres Ornament und reichere dynamische Differenzierung. — Die jüngeren Leistungen sind brav, aber nichts überragend. Michael Dieß als Don Juan spielt ohne Leidenschaft süß und elegant. Im Deklamieren der Mittelstücke klingt sein Vortrag sehr reich und warm, die höhere und stärkere Zone ist immer noch nicht ganz frei. Kurt Glaesners berber Repertoire hat uns gut gefallen, auch im Gesangslichen glauben wir einen Fortschritt konstatieren zu können, denn der Ton ist ruhiger, weniger desolierender und glatter geworden. Ilse Habichs Stimme klingt köstlich und intelligent im Spiel etwas blas. Auch Joseph Burckhs Don Octavio schaffte sich darstellerisch nicht, sein leicht anpreisender Vortrag klingt bei Mozart doch etwas eckig. Alce Brahn als Donna Anna sang recht zuverlässig, aber mit jüngerem Timbre, als man es sich bei Mozart wünscht. Ausgezeichnet ist Wilhelm Wittes Mozart und „Heinricher Gast“, ein tüchtiger Mozartbegleiter, weiß, klar und leicht anpreisend. Emma Seithe gibt eine muntere, sympathisch sehr zuverlässige Zerline mit jeder Intimität, Henssels Abami einen süßen, schon spielend gut ausgeprägten Figaro.

Eine ziemlich sehr beachtliche, musikalisch den guten Durchschnitt nicht unterbreitende Aufführung, die auch beim Publikum gut ankam. Wer die weihnachtliche Don-Juan-Oper hinstellt und sich bemüht, daß er eine Oper hört, hat hat an Mozarts Komiker, ideal jüngerer Kopf hohen musikalischen Gehalt. Und mehr zu hören, ist ja schließlich auch nicht Sache der Oper.

## Gemälde und Aquarelle

von Max Sack und Johannes Sack.

Zwei im Temperament, in der Auffassung und in der Technik ganz verschiedene Maler erschaffen die Ausstellung des Kunstvereins der Berliner Max Sack und Johannes Sack, den Vergleich an die Retrospektive verloren hat. Da hängen in den Räumen der Kunsthalle in der Dammstraße Straße Bilder höchst verschieden, die sich in ihrer Gegenüberstellung gut vertragen und ohne Mühsal zu dem Reizpunkt werden.

Kaus ist offenbar ein schwerblütiges, zähes Naturell. Mit merklicher Konsequenz bemüht er sich immer wieder um dieselbe Gruppe: um drei, vier Frauenkörper, denen er die Lieblichkeit zugunsten der Reiblichkeit stark beschneidet. Von einer Kückenlinie, die bemerkt bezeichnet wird, kommt er nicht wieder los: in Aquarell und Öl setzt er sich mit ihr auseinander, völlig unbefürchtet um den poetischen Gehalt der Darstellung, ganz konzentriert auf eine frei-malerische Anatomie. Auch ein Frauenesquiss, dessen Ausdruck er immer schärfer aus Weißflächen herausbestimmt und fast zur Maske vereinfacht. — Formale Anlehnungen in der Komposition sind nachweisbar, sind aber auch bemerkt und ungeheuerlich betont. Offenbar geht es Kaus in seinen strengen Arien viel weniger um künstlerisch-ästhetische Effekte als um biologische Wirkung: ein unphantastisches, aber keineswegs phantastisches Streben, das man wohl gelten lassen kann. — Auch in den Landschaften ist dieser Willenszug zu spüren. Das Gemächene, Organische, Stabile nimmt den Maler gefangen. — Wandelbare Dinge wie Himmel und Licht interessieren ihn oft so wenig, daß er sie kaum berücksichtigt. (Wolken sind meist Klee bei ihm, hingestrichelt, die nur die Aufgabe haben, das Bild nach oben hin abzugrenzen, — als Beleuchtung bevorzugt er ein stumpfes, düsteres Weißlicht, nur damit nicht etwa aus krauem Licht- und Schattenspiel, aus der Schmeichelei der Sonne Effekte entstünden, die nicht unmittelbar von der Landschaft ausgehen, die zufällig, bedingt und flüchtig sind.) — Ein Bild, mit dem sich Kaus im Grunde versucht, läßt uns kalt. Die drei dargelegten Kammermusikanten sitzen da ohne Bezug aufeinander, sachlich und bar jeder innern Gemeinsamkeit. Es ist kein Ensemble, in keinem Sinne des Wortes als im äußerlichen. — Einmal allerdings versucht sich Kaus auch als Maler der Impression: einmal liegen schimmernde Reflexlichter auf den nackten Körpern seiner Figuren, perlmutternes Leuchten und bunter Glanz.

Und nun Johannes Sack. Seine Delibilder sind gefolgt, obwohl sie die Herkunft vom Aquarell verraten. Organisches ist hingestrichen, die immer recht anmutig und elegant die Landschaften haben Reize, wenn auch nicht die an Sack schon oft gewohnte Süßheit und die Spürbarkeit der Kimmigkeit. Jüngendwird er sich auch einer gewissen (relativen!) Schwere bemüht und versucht, durch Schlichtheit auszuloadern. Da verweilt er dann gern bei seinen Pferden, bei den Hunden, aber keineswegs umfassend hingestrichen, die immer recht anmutig und elegant die Landschaft beleben. — Wir hätten uns vielleicht länger bei Sack Delibilder aufhalten, wenn nicht nebenan, im rechten Saal, eine ganze Kollektion herrlicher Aquarelle lagte. Ach, das ist eine förmliche Sommerreise, bei der nicht nur das Auge, sondern auch das Herz, die Haut und alle Sinne genießen. Hier ist wirklich Natur eingefangen, mit all dem Irrationalen, was beim Rhythmus-gedanken im Apparat und in der Chemie hängenbleibt: mit jährender Luft, mit jährender Bewegung, mit Duft und Klang. Ganz virtuos gemalt und gezeichnet diese kleinen Stüb-



b. b. Ranke, der krank zu Bett lag, um ihm mitzuteilen, daß er sich nun mit der Aufstellung der Kompanien beileben sollte. Zufällig war auch der Schwager des Herrn v. Ranke, Herr v. Treskow, anwesend. Da die Kompanien auf Grund bereits früher herfertigter Listen aufgestellt werden sollten, so legte Herr v. Ranke Herrn v. Treskow nahe, er möchte dafür sorgen, daß auch der Jungdeutsche Orden seine Liste zur Verfügung stelle. Herr v. Ranke muß auf Vorhalt des Vorsitzenden nach langem Hin und Her die Möglichkeit gegeben, daß er bei seiner Unterredung mit v. Treskow gesagt habe, er handle auf Wunsch und mit Einverständnis der Reichswehr. Auch bestreitet er nicht, daß auf jener Großgrundbesitzerversammlung von dem Gebrauch des § 48 durch den Reichspräsidenten und von innern Unruhen die Rede gewesen sei.

Herr v. b. Ranke, der offener eingesteht, daß er nie die Zeit gehabt habe, sich mit Politik zu befassen und einfach den Anordnungen Herrn v. Badiers gefolgt sei, erklärt, daß auch er der Ansicht gewesen sei, daß das Reichswehrministerium mit der Aufstellung von Kompanien einverstanden sei.

In das richtige Licht wird der angebliche Vertrauensbruch des Herrn v. Treskow durch die Aussage des Generalleutnants a. D. Salzenberg gerückt. Er ist Ordenswanderswacht des Jungdeutschen Ordens. In Erfüllung dieser Obliegenheiten habe er gewissermaßen den Mittelmann zwischen dem Jungdeutschen Orden und dem Reichswehrministerium gespielt. Er besuchte allwöchentlich das Ministerium, um seine Absichten kennenzulernen. Da es ihm bekannt gewesen sei, daß im Lande immer wieder Leute behaupteten, im Auftrage des Reichswehrministeriums zu handeln, ohne in Wirklichkeit von diesem beauftragt zu sein, so hielt er es für seine Pflicht, das Reichswehrministerium von der Mitteilung v. Treskows in Kenntnis zu setzen.

Das Gericht verurteilte den Major a. D. Badié zu 500 Mark Geldstrafe. In der Begründung heißt es: Durch die Beweisaufnahme ist festgestellt, daß die Behauptungen des Angeklagten nicht erweislich wahr sind, da in dem Verhalten des Herrn v. Treskow weder ein Vertrauensbruch noch eine Schädigung der Landesverteidigung liegt. Von einem Vertrauensbruch kann schon deshalb keine Rede sein, weil durch die Zeugen befundet worden ist, daß die Aufstellung der Formationen durchaus kein Geheimnis im engen Kreise, sondern daß diese Absicht ziemlich offenkundig gewesen wäre. Noch viel weniger aber kann von einer Schädigung der Landesverteidigung die Rede sein. Die Weitergabe der Nachricht an die höchste Leitung des Jungdeutschen Ordens und von dort an die Reichsregierung kann nie und nimmer eine Schädigung der deutschen Landesinteressen bedeuten. Die von dem Beklagten behaupteten Tatsachen sind also nicht erweislich wahr.

Es ergab sich aus der Verhandlung vielmehr das Bild, daß der Angeklagte und die ihm nahestehenden Kreise einen Prügelnahen gesucht haben, dem die Verantwortung für die später erfolgten Presseveröffentlichungen aufgebürdet werden sollte. Der Beweis, daß Herr v. Treskow an diesen Presseveröffentlichungen irgendwie mitgewirkt, oder daß seine Mitteilungen über die Absichten der Aufstellung von Formationen an Herrn von Salzenberg in einem kausalen Zusammenhang zu den Presseveröffentlichungen stehen, ist nicht erbracht. Es sollte, das war das Bestreben des Angeklagten, einem angesehenen Mitglied des Kreises das Genid gebrochen werden. Er sollte in den Augen der Öffentlichkeit und in der Achtung der Volksgenossen herabgewürdigt werden. Nach den Wirkungen, die diese Tat für den Kläger in gesellschaftlicher und finanzieller Beziehung hatte, war die Strafe schwer zu bemessen.

Reichskanzler Marx hat öffentlich behauptet, daß v. Treskow habe einen „groben Vertrauensbruch“ begangen und deshalb sei Herr v. Reubell kein Vorwurf zu machen, wenn er an dem Votivbeschluss mitgewirkt habe. Nun stellt ein Gericht fest, daß sich die Herren von Reubell mit v. Treskow befaßten, die auf Schoberat hinausliefen. Weil über v. Treskow dem Reichswehrministerium Mitteilungen darüber zugehen, ist er in Acht und Bann getan worden. Und der Reichskanzler findet das ganz in Ordnung. Eine seltsame Unterjochung, die der Herr Reichskanzler gegen seinen Innenminister geführt hat. Herr Marx fand nichts dabei, daß v. Reubell als Landrat den Rapp-Kaufsch machte, er fand nichts dabei, daß Reubell einen Standesgenossen in Votiv erklärte, weil dieser Staatsstreichpläne nicht blindlings

vom Meckler, von der Saale und von sonstigen deutschen Gauen, ganz meißterhaft und ohne jede Bedanterie. Frisch und leicht, wie vom Wind aufs Papier geweht und doch voller Säfte, voller Lüne und Düfte. Mag sein, daß wir ein ganz besonderes Faible für diese Art haben, aber dieser Liebenswürdigkeit des Vortrags, dieser heitern Anteiligkeit der Künstlerstimme kann sich kein Mensch entziehen, auch — und das scheint uns sehr wesentlich für Satz' Kunst — auch nicht, der von Malerei als ästhetischer und technischer Disziplin nichts versteht. In diesen Blättern erklingt die Sprache eines Wissenden, aber in bionhischer Naturliebe nach gebliebenen Temperaments. Auch die Gefahr der Manier liegt weiter ab von Satz als man fürchtete: er ist immer frisch, immer innerlich ganz aufgeschlossen, immer überzeugend von seiner Art zu sehen, die die unsre und wahrscheinlich auch die aller unbergreifbaren Naturen ist. Dabei ist diese Sprache nie banal, nie konventionell; aber sie ist ungeschraubt, klar und in einem feinen Sinne naiv. — Die Wasserfarbe ist spröder als Öl, und doch: was holt Satz für malerische Effekte aus dem Material, wie weiß er Spiegelbilder des Wassers mit all dem Geheimnis des Unwirklichen zu verdeutlichen, wie bringt er seine Wässer zum Fließen und Leuchten. Dabei schaltet er technisch oft recht unbekannt: die Farbe wird mitunter nur als Negativum, als Kontrast zum ausgeparten Weiß des Papiers verwendet. Und nie wirkt das flüchtig, immer überzeugend. —

Eine sehr interessante und erfreuliche Ausstellung. Ein Künstler, der die biologische Einfachheit mit alchemistischem Erstaunen sucht, und einer, der sie hat und sie mit aller Wärme seines frohen Gemüts und mit allen Mitteln seiner virtuosen Technik kultiviert und schmückt. Ein fesselnder Beitrag zum Problem der unproblematischen Künstlererschaft.

„Suppla — wir leben!“ in veränderter Form. Und zwar mit einem neuen Schlusse. Zum erstenmal wurde die Neufassung des Toller'schen Stücks am Freitag im Leipziger Stadtischen Schauspielhaus vorgeführt, ohne Film und nur auf das Wort gestellt. Thomas, der Revolutionär und seine Tor in der Welt der Loren, erhängt sich nicht, sondern findet, nach der Strengsinnigen, neuen Lebensmut und anerkennt die Notwendigkeit zur Tot-allein-Arbeit. Dieser Schluß ist ebenso gut oder ebenso ungut, ebenso möglich oder ebenso unmöglich, wie der Piscatorische — schließlich ist das Stück doch eine Zeitreise und eine Rede hat keinen Schluß. Um Theater zu machen, ist Toller nicht Theatermacher genug: er ist reiflos ephemer. Der Bombenerfolg, den das Stück in Leipzig hatte, beweist seinen Wert. Es vermochte ein Publikum mitzureißen und anzurufen, das sonst recht gleichgültig und unbegreifend ist. Besondere Darstellerleistungen hatten Mirjam Weismann-Haupt, Edward Siebel, Stanislaw. Toller und sein Stück wurden sehr gefeiert. **Rich Gottgetren.**

unterstützte, Herr Marx erklärte es für groben Vertrauensbruch, weil Treskow von den Plänen der Reichsregierung Mitteilung machen ließ — wir finden es nach diesen Leistungen sehr bedenklich, daß Herr Marx noch Reichskanzler ist! —

### Tagung der Friedensgesellschaft

Die Deutsche Friedensgesellschaft hielt ihre diesjährige Generalversammlung am 8. und 9. Oktober in Erfurt ab. Am Vorabend fand eine Begrüßungsversammlung statt, an der Oberpräsident Waentig teilnahm. Er bezeichnete es als ein erfreuliches Vorzeichen für die Uebernahme des neuen Amtes, daß die Begrüßung der Friedensgesellschaft, deren Zielen er nach seiner politischen Einstellung nahestehe, die erste Gelegenheit sei, bei der er als Oberpräsident auftrat.

Regierungspräsident Niedemann nahm diesen Gedanken auf, indem er in seiner Begrüßungsrede dem Oberpräsidenten zurief: „Friede sei Ihr erst Gelächte, Herr Oberpräsident!“

Am Sonnabend hielt zunächst Paul Levi (Soz.) einen Vortrag über Landes- und Kriegsberrat im neuen Strafrecht; er wies in scharf zugespitzter Beweisführung, die aber immer durch Beispiele aus der bisherigen Praxis belegt wurde, die ungeheuren Gefahren nach, die der neue Strafrechtswurf auf diesem Gebiet mit sich bringt.

Die Versammlung beauftragte den Vorstand, in Verbindung mit dem Referenten geeignete Schritte gegen diesen Entwurf zu tun.

Nachmittags sprachen Frau Dr. Stöder und Dr. Wehberg über „Deutschland, Rußland und der Weltfrieden“, Frau Stöder als Freundin des neuen Rußlands, Wehberg vom Standpunkt des Völkerrechtslehrers.

Am Abend sprachen in einer überfüllten öffentlichen Kundgebung Dr. Bretschneider, der Demokrat Heile, in Vertretung des Zentrumsabgeordneten Krohne ein Erfurter Parteigenosse Krohnes, der dessen Manuskript vorlas, und General v. Schönau über das Thema „Deutschland als Friedensmacht im Völkerbund“.

Bei den innern Auseinandersetzungen stand die Meinungsverschiedenheit zwischen dem bisherigen Präsidium und dem westdeutschen Landesverband im Mittelpunkt. Es wurde ein Kompromiß gefunden, das es dem bisherigen Vorsitzenden, Dr. Quibbe, ermöglichte, im Amte zu bleiben. H. v. Gerlach leitete eine Wiederwahl ab. Von den Westdeutschen wurde Küster (Soz.) in das Präsidium gewählt.

Im übrigen ergab die Wahl im wesentlichen Wiederwahl der bisherigen Präsidiumsmitglieder. Nur Dr. Kurt Siller wurde nicht wieder gewählt. Eine Feier, in der Fritz v. Unruh's „Heinrich von Arnheim“ aufgeführt wurde, beschloß die Tagung. —

### Diese Mexikaner!

Der aufständische General Serrano wurde in Regilo kurzerhand standrechtlich erschossen.



v. Löffwitz: „Unzufriedenes Volk, diese Mexikaner! Da erschließen sie einen meuternden General, ohne sich um seine Pensionsansprüche zu kümmern!“

### Kongress der englischen Arbeiterpartei

Der vierte Verhandlungstag der Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Blackpool wurde mit einer von der Exekutive der Arbeiterpartei eingebrachten Entschließung zur

#### Außenpolitik

eingeleitet. Die Resolution erklärt sich eingangs für das Genfer Protokoll, verweist auf die Gefahren, die sich möglicherweise aus Sonderabmachungen zwischen Einzelstaaten ergeben und fordert, daß der Völkerbund sich in Zukunft weigern möge, Verträge im Völkerbundsname zu protokollieren, die mit dem Völkerbundsstatut im Widerspruch stehen.

Die Entschließung erklärt ferner, daß die Weigerung der britischen Regierung, einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen und die sogenannte fakultative Haager Klausel zu unterzeichnen, einer Friedenspolitik widerspreche; die Entschließung mißbilligt die Haltung der britischen Regierung auf der Vorberreitenden Entwaffnungskonferenz und weist darauf hin, daß das Mißlingen der Seeabrüstungskonferenz die Notwendigkeit des Abschlusses von vorhergehenden Abkommen für die Beilegung von Streitigkeiten bewiesen habe. Diese Seeabrüstungskonferenz habe gezeigt, daß Großbritannien und den Vereinigten Staaten mehr an einer Beherrschung der See im Kriegsfall als an der Abrüstung gelegen sei.

Dieser Abschnitt der Resolution schließt mit einer Forderung zur Aufnahme neuer Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Die Entschließung fordert hierauf die Ratifikation der Konvention über den

### Waffenhandel

und die Fertigstellung eines Abkommens über die Munitionserzeugung.

Den englisch-russischen Beziehungen sich zuwenden, verurteilt die Entschließung das Verhalten der konserverativen Regierung gegenüber

### Rußland

und gelobt, normale politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Basis der gegenwärtigen Stimmung wiederherzustellen.

Zu den englisch-chinesischen Beziehungen erklärt die Resolution, die fortlaufende Unsicherheit der

### Chinesischen Verhältnisse

dürfte England nicht daran hindern, das Vertrauen der chinesischen Nationalbewegung durch die Einhaltung striktester Neutralität im Bürgerkrieg zu gewinnen. Die Landung britischer Truppen wird als unnötige Aufreizung beflagt. Die Resolution schließt mit einer Sympathie-Erklärung an die Adresse der chinesischen Arbeiter.

Der Eisenbahnführer Cramp, der im Namen der Exekutive diese Resolution begründete, betonte, daß alle innern und sozialpolitischen Maßnahmen unwirksam sein müssen, falls keine im Sinne dieser Resolution gestaltete Außenpolitik von Großbritannien betrieben werde. Im Gegensatz zur Arbeiterregierung, der es während ihrer kurzen Regierungszeit gelungen sei, eine neue internationale Atmosphäre zu schaffen, sei es den jetzt herrschenden Klassen nicht möglich geworden, einen sichern Frieden herbeizuführen. Cramp polemisierte gegen eine von radikaler Seite eingebrachte Gegenresolution, die eine neue

### Arbeiterdelegation

nach Rußland fordert; es habe bereits genug und übergenug solcher Delegationen gegeben.

Hierauf kamen drei kommunistische Gewerkschaftsdelegierte zu Wort, die sich gegen die Resolution der Exekutive wandten und insbesondere das darin enthaltene Bekenntnis zum Genfer Protokoll angegriffen.

In seiner Antwort an Pollit stellte Macdonald fest, daß das Genfer Protokoll oder eine ähnliche Konvention eine notwendige

### Voraussetzung für jede Revision des Versailler Vertrags

hätten müsse. Bei dieser Gelegenheit stellte Macdonald unter gespanntester Aufmerksamkeit des Kongresses fest, seine Erfahrungen in Genf hätten ihn gelehrt, daß man in Genf — sobald man nur das Wort Revision von Versailles erwähne — die Geister der Toten durch die Konferenzhalle gleiten sehen und das Donnern der Kanonen hören könne.

Nachdem die radikale Gegenresolution verworfen worden war, nahm die Konferenz die Resolution der Exekutive zur Außenpolitik mit überwältigender Mehrheit an.

Die Konferenz trat hierauf in die Diskussion finanzieller Probleme ein und nahm die Vorschläge der Exekutive an, die eine Zusatzsteuer von 2 Schilling pro Kopf auf Einkommen über 10 000 Mark fordert. Der Kongress nahm dann die Wiederwahl des Parteivorstandes vor: Die neu gewählte Exekutive weist weitgehende persönliche Veränderungen gegenüber dem alten Parteivorstand auf. Den Änderungen kommt jedoch keinerlei politische Bedeutung zu.

Macdonald, der von nicht weniger als 62 Organisationen als Schatzmeister der Partei vorgeschlagen worden war, wurde, ohne daß ein Gegenkandidat aufgestellt worden war, wiedergewählt. —

### Der letzte Sitzungstag

Der letzte Sitzungstag der Konferenz am Freitag wurde mit einer von A. Fenner, Brodway im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei eingebrachten Resolution eröffnet. Die Resolution fordert die Exekutive der Arbeiterpartei auf, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um die Arbeitervereinigung aller internationalen politischen Arbeiterorganisationen auf dem Wege einer Konferenz der sozialistischen Internationale, der kommunistischen Internationale und der keiner der beiden Internationalen angeschlossenen sozialistischen Parteien herbeizuführen. In seiner Rede gab Brodway zu, daß eine Einigkeit unmöglich sei, solange die Moskauer Internationale keine Änderung ihrer Taktik vornehme. Er glaube jedoch, Zeichen einer solchen Sinnesänderung der dritten Internationale beobachten zu können.

Die Resolution der Unabhängigen Arbeiterpartei wurde von einem Delegierten der Bergarbeiter unterstützt.

Im Namen der Exekutive wandte sich der Eisenbahnerführer Cramp gegen die Entschließung.

In der folgenden Abstimmung stellte sich die Mehrheit der Konferenz auf den Standpunkt der Exekutive und verwarf die Entschließung Brodways mit 1 381 000 Stimmen gegen die immerhin bemerkenswert große Minderheit von 1 071 000 Stimmen.

Dem Vorstoß der Partei im kommenden Jahre wird der Abgeordnete Lansbury übernehmen. —

### Notizen

Frieders' Antrag verworfen. Dem Oberstaatsanwalt Doktor Frieders ist am Sonnabend morgen die Verwerfung des Wiederholungsvorschlags von der Strafkammer Weimar zugestimmt worden. Frieders' Antrag hat 12 Wochen bei der Strafkammer gelegen. Die Ablehnung ist summarisch und ohne jede Beweisaufnahme erfolgt. Frieders hat gegen die Entscheidung sofort Beschwerde erhoben. —

Reichsbannertag in Potsdam. Am Sonntag wurde in Potsdam unter Beteiligung von 8 000 uniformierten Reichsbannern ein republikanischer Tag veranstaltet. Die gewaltige Kundgebung machte in dem traditionell schwarzweißen Potsdam einen außerordentlich starken Eindruck. —

Doch eine Kreuzenanleihe. Die preussische Anleihe wird nunmehr in dieser Woche in New York aufgelegt werden. Alle bisher dem Abschluß der Anleihe entgegenstehenden Schwierigkeiten sind behoben worden; die beteiligten amerikanischen Bankiers haben bereits in einem Aufruf zur Zeichnung der Anleihe aufgerufen. Wie falsch die Behauptung ist, die Anleihe gefährde die Zahlungsfähigkeit Preußens, geht daraus hervor, daß der gesamte Schuldendienst Preußens nur 21 Millionen, das ist 0,6 Prozent des Jahresbudgets, beträgt. —

### Depeschen

#### Scheimnisvolle Explosion

Ab. New York, 10. Oktober. Im italienischen Viertel in New York, das an der Westseite der mittleren Stadt gelegen ist, wurde am Sonnabend durch eine Explosion ein Haus völlig in Trümmer gelegt. Fünf Personen, darunter zwei Kinder, fanden dabei den Tod. Zwölf Personen konnten teilweise in schwerverletztem Zustand, geborgen werden.

Aus der Festigkeit der Detonation schloß man, daß es sich um einen Dynamitanschlag handelt, da die Explosion einer geheimen Desinfektionsanlage, an die man zuerst dachte, nicht die Gewalt hat, ein ganzes Haus zum Einsturz zu bringen.

Die Polizei kam zu der Annahme, daß verschlossene Räume des zerstörten Hauses zur Herstellung von Bomben benutzt wurden. Unter den Trümmern wurde eine Bombe gefunden, die genau jenen Bomben gleicht, die man im August zeitweilig in der Sacco-Banzetti-Kundgebung in der Untergrundbahn entdeckt hat. Bei ihrer Vernehmung befragten Hausnachbarn, zwei junge Italiener hätten vor einem Monat ein Zimmer auf der Hinterseite des Hauses gemietet und pflegten oft mit geheimnisvollen Paketen zu kommen oder zu gehen. Offenbar hat einer von ihnen bei illegaler Bearbeitung von Sprengstoffen eine Angelegenheit begangen und dadurch die verhängnisvolle Explosion verursacht. —







# Aus der Wirtschaft

## Geheimnisse des Chemietrusts

Am Sonnabend fand im Seunawerk eine Ausschuss-Sitzung der F.-G.-Farbenindustrie statt. Ueber den Verlauf der Sitzung wird von der F.-G.-Farbenindustrie eine Verlautbarung verbreitet. Derselben entnehmen wir, daß der Geschäftsgang sich auf allen Gebieten recht günstig entwickelt und die Benzingerstellung sowie die Einföhrung von Benzin durch die Deutsche Gasolin-A.-G. sich befriedigend weiter entwickelt.

Sonst schweigt sich das Kommittee über alle wesentlichen Vorgänge und Erörterungen in der vertraulichen Sitzung im Seunawerk aus.

Man hat der Sitzung der F.-G.-Farbenindustrie mit lebhafter Spannung entgegengesehen. Einmal wünschte die Öffentlichkeit Aufklärung über die von dem Farbentrust eingegangenen Bindungen mit der englischen (Imperial Chemical) und der französischen Gruppe (Etablissement Kuhlmann). Diese Bindungen müssen Auswirkungen haben, die unser ganzes Wirtschaftsleben angehen.

Wesentlich steht es mit der Herstellung von künstlichem Benzin. Heute, wo künstliches Benzin bereits auf den Markt kommt, weiß man eigentlich nichts Bestimmtes über die Preispolitik der F.-G.-Farbenindustrie usw. Wenn man in den Messenwerken der F.-G.-Farbenindustrie künstliches Benzin produziert, ist das nicht nur Sache der Farbengehaltigen, sondern das Volk will wissen, welche Vorteile sich aus diesen chemisch-technischen Neuerungen für die Allgemeinheit ergeben.

## Vorkriegs-Zementabjaß erreicht

Die deutsche Zementindustrie schätzt ihren Gesamtabsatz im laufenden Jahr auf rund 7 Millionen Tonnen. Damit ist der Vorkriegsabsatz erreicht.

Da die Preise heute bedeutend höher liegen als vor dem Krieg und die Zementindustrie ihre Betriebe stark technisiert hat, müssen die Gewinne sehr gestiegen sein. Das beweisen ja auch die von den Zementwerken verteilten Rekord-Dividenden. Trotzdem glaubt die Zementindustrie Gelegenheit nehmen zu müssen, sich über die auf Grund des abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrags entwickelnde Konkurrenz der französischen Werke in Südwestdeutschland zu bezlagen.

Davon, daß die deutsche Industrie, selbst wenn die Reichsbahn die Zementfrachten nicht ermäßigt, gegenüber den französischen Werken nicht wettbewerbsfähig ist, kann keine Rede sein. Allerdings wird sich die deutsche Zementindustrie, was wir mit Freuden begrüßen, wohl zu einer Preiserhöhung verstehen müssen. Sie hat bereits vor einiger Zeit eine kleine Preiserhöhung eintreten lassen, die aber ungenügend ist.

Prägt sich wirklich eine stärkere französische Konkurrenz in Südwestdeutschland aus, so kann man davon immerhin eine Reduzierung der überhöhten Zementpreise erwarten.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 5. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 139,8 gegen 139,9 in der Vormoche. Die Gesamtindexziffer war demnach gegenüber der Vormoche nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarstoffe um 0,4 Prozent nachgegeben. Gleichzeitig hat die Indexziffer für Kolonialwaren um 0,5 Prozent zugenommen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren weist den gleichen Stand wie in der Vormoche auf, während diejenige der industriellen Fertigerwaren um 0,3 Prozent gestiegen ist. Im Monatsdurchschnitt September ist die Großhandelsindexziffer von 137,9 auf 139,7 gestiegen.

Fortschreitende Besserung im Rheinland. Der Konjunkturbericht des Verbandes linksrheinischer Industrie- und Handelskammern weist auf die fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen Lage auch im dritten Vierteljahr 1927 hin. Dem Wagonbau konnten durch Bestellungen der Reichsbahn umfangreiche Aufträge zugeführt werden. In Seide und Samt liegt das Geschäft nach wie vor gut. Eine Besserung der Lage zeigt

sich auch in der für das Kölner Gebiet bedeutenden Gummiindustrie. Die Durchführung des Arbeitszeitgesetzes ist ohne Schwierigkeiten vollzogen worden.

Landwirtschaftliche Dolanleihe. Das preussische Staatsministerium hat der Schlesischen landwirtschaftlichen Bank die Genehmigung zur Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von 6 Millionen Dollar erteilt. Die Anleihe ist nach 20 Jahren zurückzuzahlen. Die Zinsvergütung stellt sich auf 6 Prozent.

Drosselung der Zuderproduktion in Kuba. Der Gesandtschaftsbericht der Regierung über die Zuderproduktion vorliegt, und der von der Regierung besonders befürwortet wurde, ist, wie aus Havana gemeldet wird, vom kubanischen Kongreß und vom Senat angenommen worden. Die Regierung führte zu diesem Entwurf aus, daß es unbedingt notwendig war, die Produktion der kubanischen Zuderindustrie in geregelte Bahnen zu leiten, um auf diese Weise eine unbedingt notwendige Stabilität der dortigen Zuderindustrie herbeizuführen.

Englands Kohlenhandel. Der englische Bergbau hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1927 rund 17 441 000 Tonnen Kohle ausgeführt. Gegenüber dem Jahre 1926 ergibt sich eine Steigerung von 1,5 Millionen Tonnen. Sie erscheint recht beträchtlich, wenn man die starken Exportermittnisse, die der englische Kohlenhandel gerade nach dem englischen Streite zu überwinden hatte, berücksichtigt. Verglichen mit dem Jahre 1924 ist aber in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1927 keine wesentliche Steigerung eingetreten. Selbstverständlich bleibt die Ausfuhr 1927 hinter der Ziffer im Jahre 1923 zurück, wo England infolge der Ruhrbesetzung beliebig Kohle auf dem Weltmarkt absetzen konnte.

# Gewerkschaftsbewegung

## Kampfbeschlüsse in Berlin

Die Urabstimmung der Berliner Brauereiarbeiter hat eine große Mehrheit für die Weiterführung des Streikes ergeben. Von 5948 abgegebenen Stimmen lauteten 5598 Stimmen auf Streik.

Das Ergebnis der Urabstimmung der Holzarbeiter liegt bisher noch nicht vor. Aber auch in der Berliner Holzindustrie dürfte mit einem Streike zu rechnen sein.

Im Lohnstreit der Berliner Kochknechte wurde am Sonnabend nach Verhandlungen vor einem vereinbarten Schiedsgericht ein Schiedspruch gefällt, der alsbald nach dem Bekanntwerden von den Funktionären als ungenügend abgelehnt wurde. Die letzte Entscheidung soll auch hier eine Urabstimmung herbeiführen, die im Laufe des Montags vorgenommen wird.

## Eine völkische Mustergewerkschaft

Das Bestreben der Völkischen, alle Zweige der modernen Arbeiterbewegung nach zu nehmen, hat dazu geführt, daß sie auch Gewerkschaften ins Leben riefen. Wie es indessen bei diesen „Völkisch-Nationalen Gewerkschaften“ aussieht, zeigt uns ein Bild hinter den Kulissen der „Nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“.

Schon seit Anfang 1926 trieb es in dieser „nationalen“ Gewerkschaft. Für die Wirtschaft, die sich dort breit machen konnte, wird in erster Linie der inzwischen an die Luft getriebene Gewerkschaftsbeamte Württembergs verantwortlich gemacht. Neben andern „Goldentaten“ hat er bei dem Buchdruckereibesitzer Otto Friebe in Blatlow ein Barbarleben in Höhe von 2785 Mark aufgenommen und Druckschuldchen im Betrag von 4669,25 Mark verurteilt. Bezahlt wurde nichts. Der Buchdruckereibesitzer geriet in Konkurs und die Forderung auf den Gesamtbetrag von 7404,25 Mark wurde durch Beschluß des Gläubiger-Ausschusses an den Kaufmann Spöck in Berlin abgetreten.

Die Eisenbahner wurden vielfach, wie das in Erlangen besonders der Fall war, zum Beitritt zu dieser nationalen Gewerkschaft von ihren Vorgesetzten im Dienste veranlaßt.

Nicht wenig erstaunt wären die Mitglieder, als ihnen Ende November vorigen Jahres durch den Rechtsanwalt Hans Knoke, Berlin, im Auftrag des Kaufmanns Eduard Spöck mitgeteilt wurde, daß die nationale Gewerkschaft kein rechtsfähiger Verein ist und daß die Mitglieder für die gemachten Schulden gemeinsam als Gesamtschuldner haften.

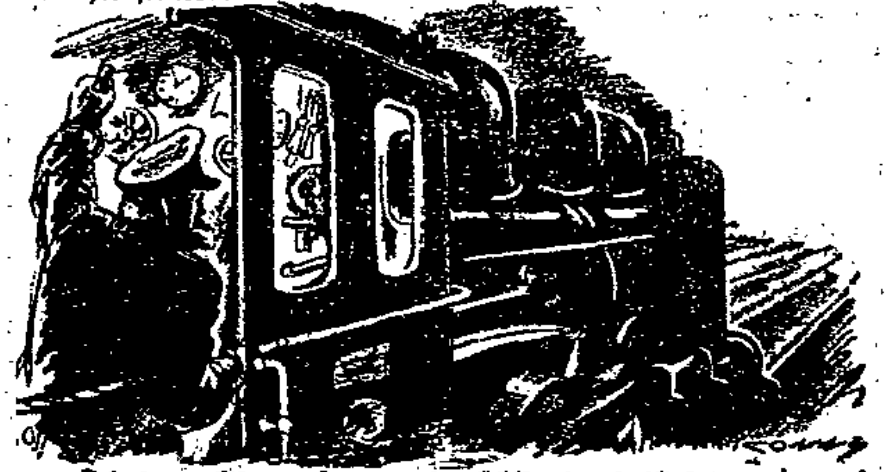
Die übrigen geliebte Leitung dieses famosen Verbandes setzte nun alle Hebel in Bewegung, um den in allen Fugen krachenden Verband am Leben zu erhalten. Neben der Herausgabe der sozialen Zeitschriften auf 50 Prozent hat man sich am 11. Mai 1927 entschlossen, um flüssige Mittel herbeizubekommen, eine Bank, die „Mittelstands- und Kreditbank“, zu gründen.

Man hoffte ferner eifrig die Lären „prominenter nationaler Persönlichkeiten und Organisationen“ ab, aber mit wenig Erfolg. Am 30. Juni fand sogar eine Sitzung des geschäftsführenden Hauptvorstandes mit den erwähnten Kreisen statt, in der nach einem später beschickten Mundschreiben zufolge zum Ausdruck kam, daß eine direkte Hilfe nicht möglich sei, daß aber von „interessierten nationalen Kreisen“ alles getan werden müßte, um einen finanziellen Zusammenbruch zu verhindern.

Die Schuld an der Schuldenlast, die inzwischen auf 23 000 Mark angewachsen ist und von denen bereits 8000 Mark (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

# Jede zweite Nacht von Berlin nach München.

Wenn einer, von Motorbooten dichtauf begleitet, in 9 Stunden von Dover nach Calais schwimmt, so wird er als gewaltiger Held gefeiert. Jedes Kind kennt seinen Namen, jeder Zeitungsläser sein Bild. Wer aber nennt jemals einen von den tausend Unbekannten, die Tag für Tag und Nacht für Nacht ihre unsichtbare Heldentat verrichten, ohne daß es ihnen irgendeiner besonders dankt? Wer kennt zum Beispiel den Lokomotivführer Heinrich Hübbe, der seit 24 Jahren jede zweite Nacht den grauen Schlafwagenzug Berlin—Halle—München—München und zurück fährt? Er erzählte unserem Berichterstatter:



„Ich kann Ihnen sagen: ein Höllenrack ist da vorne auf der Maschine! Meine 120 Fahrgäste, die merken ja nichts davon. Die können schön ruhig schlafen. Die brauchen keine Angst zu haben; daß ihnen mit meinem Zug was passiert. Ich kenne meine Strecke so gut wie meinen Nachhauseweg vom Anhalter Güterbahnhof zu Wuttarn, die morgens schon auf mich wartet. Mit'mer großen Ranne Kathreiners Maßkaffee auf dem Frühstückstisch. Ich trinke meine drei, vier Tassen und schlafe dann wie'n junger Gott bis nachmittags um dreie. Dann gehe ich in Zivil, mal mit Musikern, mal allein spazieren, bis es abends wieder los geht.“

Ob ich auf Fahrt auch esse und trinke? Sechs dicke Butterbrote mit Leberwurst und meine Zweifelterkane Kathreiners Maßkaffee! Der schon Herz und Nerven und tut wohl! Ob heiß oder kalt, mit oder ohne Zucker! Er schmeckt sehr, sehr gut und — 12 Tassen kosten nur 5 Pfennige. Also bitte!

# Der falsche Prinz

Erinnerungen von Harry Domela.

Copyright by Malk-Verlag, Berlin

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wie von fern Klang plöcklich die Stimme des jungen Barons an mein Ohr: „Baron!! Donnerwetter! Wir müssen ja nach Dabstem. Es ist allerhöchste Zeit! Es ist zehn Minuten vor halb fünf. Um fünf Uhr wollten Sie dort sein. Rosl! Fini!“ — „Onkel, es ist juchendbar schade, daß wir fort müssen.“ Ich begriff sofort, warum der Junge drängte, und nickte ihm dankbar zu. „Ja, Herr Baron,“ begann ich, „Sie müssen schon verzeihen, wenn wir aufbrechen. Wir können unsere Partie ja morgen fortsetzen.“ Bedauert sah er mich an, war indes zu höflich, um zu widersprechen. Der Major erwachte wie aus einem Traume; das Monotel hing ihm schlaff im Auge.

Ich nahm die Geldscheine, mehrere hundert Mark, ordnete sie und steckte sie in die Tasche. Baron L. sah sie mit süßwärem Lächeln verschwinden. Wir verabredeten, in den nächsten Tagen wieder einmal zusammenzukommen. Dann verabschiedeten wir uns. „Leufel noch mal,“ jagte draußen der junge Baron laut lachend, „war einfach grandios! Was der für ein Gesicht machte, als wir auf einmal „das Ganze halt!“ bliesen! Einfach zum Durchschauen! Der pläzt heute noch vor Mut.“ Auch ich mußte hell aufschauen. „Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie auch zur rechten Zeit aufsprakken; ich hätte sonst unsehbar wieder alles verloren.“ — „Doch was fangen wir mit dem heutigen Abend an?“ fragte der Baron. „Oper? Was meinen Sie dazu?“ Ich schlug ein. So waren wir am Abend noch in der Oper zusammen, in der „Fidelio“ gegeben wurde. Am nächsten Tage tritten wir durch einen klaren Spätherbstmorgen, quer durch den Tiergarten, dem Westen zu, unterhielten uns als Jungens von gleichem Alter höflich und verabschiedeten uns dann, da er weg mußte.

## Prinz wider Willen.

Als ich ins Hotel zurückkam, erlebte ich, daß ich allgemein als königliche Hoheit angerebet wurde. Schon morgens, als ich noch in der Bettel lag, war mir passiert, daß plöcklich der Hotelbedienter in mein Zimmer getreten war, um mir mein Zigarettenetui zurückzugeben. Es trug das Wappen der blauen Hufaren. Hinter mehrfachen Verbeugungen hatte er zu mir gesagt: „Königliche Hoheit werden doch nicht ohne Zigaretten auskommen können.“ Ich hatte meinen Anzug zum Fürsten herausgehängt gehabt und mein Etui darin gelassen. Ueber die Worte des Mannes ganz verblüfft, erwiderte ich: „Dummes Zeug! Königliche Hoheit sind wir mal gewesen!“ Als ich jetzt am Nachmittag in der Hotelhalle saß, kam ich aus der Verwunderung nicht heraus. Mitten unter diesen märkischen Junkern: überall Wäde der Erbgenheit und der Ehrfurcht.

Ich war wie benommen. Doch schmeichelte es mir, die Ehrerbietung meiner ganzen Umgebung auf mich zu ziehen. Nur eins beunruhigte mich: In welche Verlegenheit konnte ich hier geraten, wenn plöcklich jemand aufsprak, der den vorköniglichen Prinzen kannte! Jeden Augenblick konnte eine Aufklärung erfolgen. Befand ich mich doch in Berlin, mitten in der Welt des

Potsdamer Adels. Es war mir klar, daß ich nicht länger im „Gabsburger Hof“ bleiben konnte. Auf der andern Seite lockte es mich, meine Prinzenrolle nicht ohne Not wieder aufzugeben. Es war doch zu angenehm, ständig der Gegenstand höchster Achtungsbezeugung zu sein. Wie, wenn ich nach Erfurt zurücklehre? Geld besah ich jetzt einigermaßen. Ich konnte meine Zeit unendlich verleben. Etwas mußte ich doch tun. Wie, wenn ich nunmehr die Rolle bewusst weiterspiele? Kurz entschlossen, bestellte ich mir eine Karte, um am nächsten Morgen mit dem Flugzeug nach Erfurt zurückzufahren.

Die Fahrt im Flugzeug war unbegreiflich schön. Unter uns lagen im Sonnenglanz die majestätisch zugeschnittenen Felder, Kartenblatt an Kartenblatt, eins ans andre gereiht: echt preussisch. Bald überflogen wir in geringer Höhe das gleißende Band der Elbe. Dann tauchten die Hügelwellen des Thüringer Landes auf, hügelhaft, hügelhaft, ganz weiß, von glatten Straßen durchzogen. Freundliche Dörferchen, an deren Rande die Viehherden vor unserm Flugzeug davonstoben. Dunkle Tannennälder, Wäde, Hügelchen, die sich durch die steilsten Wiesentäler schlängelten. Inunterbrochen lärmte dazu die Flugmaschine, so daß eine Unterhaltung unmöglich war. — Weimar in Fernsicht, zwischen zwei Höhenzüge gebettet, vom Herbstglanz überglänzt. Erfurt! Erfurt! —

Als ich im Hotel angekommen, ist im Augenblick kein andres Zimmer als eins im vierten Stock frei. Notgedrungen mußte ich es nehmen. Es war geradezu miserabel. Unerträglich lief ein in der Wand eingebauter Ventilator. Ich konnte nicht schlafen. Ich verlangte beim Portier ein andres Zimmer. Er versprach mir nur, sein Bestes zu tun. Als ich abends in der Hotelhalle saß und mich langweilte, tritt der Hoteldirektor auf mich zu und begrüßt mich. Ich bitte ihn, Platz zu nehmen. Er dankt und rückt sich einen Klusfessel heran. Ich äußere meine Verwunderung darüber, daß die kleine Stadt Erfurt ein so großes Hotel besitze, das sich mit den elegantesten Hotels großer Städte messen könne.

Darauf setzt er mir auseinander, daß Erfurt geographisch mitten im Herzen Deutschlands gelegen sei und daher hier viele Kongresse und Konferenzen stattfänden. Erst vor kurzem habe hier eine große Zusammenkunft sehr vieler prominenter Persönlichkeiten stattgefunden. „War es eine kommerzielle oder politische Tagung?“ fragte ich. „Nun, wie man es nimmt, in der Hauptsache wohl politisch.“ Der deutsche Katholikentag. Aber verzeihen, Herr Baron, würde es von mir aufdringlich sein, wenn ich Sie um die Ehre bitten würde, mit mir eine Flasche Wein zu trinken?“ Ich sah ihn erstaunt an. Da ich noch nicht zu Abend gegessen hatte, lehnte ich dankend ab. Er schien enttäuscht. Ich fuhr in unserem Gespräch fort: „Welche prominenten Persönlichkeiten waren denn hier? Geistliche, weltliche?“ — „In der Hauptsache nur die weltlichen, wie Marx, Wirth, Fürst Löwenstein, Stegertwald, Haslinde... und so weiter.“

## Das goldene Buch.

Plöcklich schien ihm ein Gedanke gekommen zu sein. „Die Herren haben sich alle in das „Goldene Buch“ des Hotels eingetragen. Falls es den Herrn Baron interessiert, würde ich mich freuen, es Herrn Baron zu zeigen.“ — „Zu liebenswürdig! Gewiß würde ich mir die Unterschriften gern einmal ansehen.“ Wir standen auf und er führte mich in das Privatkontor des Kommerzienrats. Während er aus einem Behälter ein großes, kostbar in

Leber eingebundenes Buch herbeholte, hat er mich, am Schreibtisch Platz zu nehmen. Mit einer gewissen Feierlichkeit legte er das Buch vor mir auf. Wir blätterten langsam ein Blatt nach dem andern um. Auf jedem stand ein Name. Es waren Namen von großem Range darunter, Namen von Fürsten und Finanzaristokraten, bekannten Politikern und hohen Militärs. Am Schluß kamen in langer Reihe die Prominenten unter den Führern des deutschen Katholizismus: Wirth, Fürst Löwenstein... auf der zuletzt beschriebenen Seite: „Marx, Reichskanzler.“

Der Direktor konnte jetzt eine gewisse Erregung nicht mehr verbergen. „Ja, Marx, der höchste Beamte des Deutschen Reiches, auf dieser Seite.“ Er schlug eine neue, noch unbeschriebene Seite auf. „Und hier, hier müßte sich eine der höchsten Persönlichkeiten eintragen, eine Persönlichkeit, die der hohen Stellung eines Reichskanzlers gleichkommt, ein Name, der einen noch volleren Klang hat.“ Er ergriff den Federhalter, trachtete ich ein und zeichnete ihn mir. „Wir haben dabei an den Herrn Baron gedacht. Falls Herr Baron die Güte haben würde?“ Ich hatte Mühe, meine Verblüffung zu verbergen. „Marx — Korff!“ sagte ich, „der Gegenstand ist doch wohl zu groß. Wie würde sich neben einem Reichskanzler Marx ein simpler Baron Korff ausnehmen!“ Der Direktor lächelte distret. „Wer könnte denn außer Eurer Kaiserlichen Hoheit sonst in Frage kommen?“ — „Wer, glauben Sie denn, daß ich bin...“ — „Oh, wir haben Eure Kaiserliche Hoheit sofort erkannt.“ — „Nun, wer bin ich denn?“ fragte ich, und prompt antwortete er: „Seine Kaiserliche Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen, der älteste Sohn des Kronprinzen.“ Boshast jagte ich da zu ihm: „Sie haben wirklich einen außerordentlich scharfen Blick, Herr Direktor, das muß man Ihnen lassen.“ Ich nahm den Federhalter und trug fort und in einem Zuge den Namen ein: „Wilhelm, Prinz von Preußen.“ Dann setzte ich das Datum des Tages noch hinzu und gab ihm den Federhalter zurück. Ich ahnte bei der Handschrift mit Erfolg die des früheren Kaisers nach.

Dürfte ich nunmehr Eure Kaiserliche Hoheit bitten, zur Feier Eurer Kaiserlichen Hoheit Anwesenheit in unserm Hotel eine Flasche Wein mit mir zu trinken.“ „Gern, aber nach dem Abendessen. Doch noch eins: ich wünsche unerkannt zu bleiben, also bitte weiter: Baron Korff.“ Der Direktor verbeugte sich. „Ganz wie Eure Kaiserliche Hoheit befehlen. Ich bitte aber Eure Kaiserliche Hoheit, mir zu gestatten, falls niemand zugegen ist, Eure Kaiserliche Hoheit mit dem Eurer Kaiserlichen Hoheit autkommenen Titel anreden zu dürfen.“

Gern, lieber Direktor, wenn es Ihnen Freude macht. Dann aber auch den richtigen Titel: Königliche Hoheit.“

„Sehr wohl, Königliche Hoheit. Dürfte ich nun im Namen unjers Hotels Eure Königliche Hoheit bei uns willkommen heißen. Ich gebe dem lebhaften Wunsch Ausdruck, daß es Eurer Königlichen Hoheit bei uns behagen möge. Wir werden uns Mühe geben, soviel als möglich dazu beizutragen.“

Ich danke Ihnen, Herr Direktor,“ unterbrach ich jetzt seinen Redefluß. „Wir können ja jetzt wieder hinnergehen.“ Mit einem tiefen Krachfuß rief er die Tür auf, und wir schritten hinunter.

(Fortsetzung folgt.)



eingelagert und teilweise schon gepfändet wurden, wird dem Büttemeier zugesprochen, der nach der Ansicht seiner Freunde in jeder nationalen Gefinnung noch Ehrgefühl besitzt, und dem es gelungen ist, nicht nur die Mitglieder, sondern auch andere Kreise zu betrogen.

Vorübergehend mußte das Erscheinen der Verhandlung eingestellt werden, weil die Drucker wegen ihrer Forderungen einen Prozeß gegen die Gewerkschaft führte. Ob die „großzügige Finanzierungsaktion“, die man zur Abdeckung der Schulden eingeleitet hat, gelingt, bleibt abzuwarten; denn die Gläubiger, unter denen sich sogar auch Büttemeier befindet, der für die Zeit seiner Abwesenheit Gehalt verlangt, sind sehr ungeduldig geworden. Die Gläubiger sehen sich gezwungen, rücksichtslos gegen diese nationale Gewerkschaft vorzugehen und in eingeweihten Kreisen vernimmt man sogar, daß sie dabei ein noch heute unter den Mitgliedern dieser „nationalen“ Gewerkschaft befindlicher Kollege, den man als Intriganten bezeichnet und der den ersten Vorsitz der Gewerkschaft auf dem Verbandstag in Frankfurt a. d. O. erobert wollte, tatkräftig unterstützt.

So sieht es also in einer nationalen Gewerkschaft aus, die unter besonderer Betonung völkischer Grundzüge sich einbildete feste Gewerkschaften vernichten zu können. Mit nationalen Sprüchen kann man das so wenig wie mit Hilfe von Gewerkschaften nach dem Muster dieser „Gewerkschaft nationaler Sienbahner“.

### Wahlsonntag zur Angestelltenversicherung

Die Wahlen der Vertrauens- und Ersatzmänner in der Angestelltenversicherung sollen, wie aus einem gemeinsamen Kundenschreiben des preussischen Wohlfahrts- und Innenministers hervorgeht, allgemein in der ersten Hälfte des November vollzogen werden. Der Reichsarbeitsminister hat angeregt, die Wahlen nach Möglichkeit soweit nicht örtliche Verhältnisse eine Ausnahme bedingen, einheitlich im ganzen Reich am Sonntag den 18. November vorzunehmen zu lassen.

Die zeitliche Zusammendrängung der Wahlen erfolgt aus einem doppelten Grunde: Man will auf diese Weise das Interesse der Beteiligten an den Wahlen heben und die Durchführung der Wahlen nach Möglichkeit verbilligen. Die Zahl der für die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden zu wählenden Vertrauensmänner beträgt für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde in der Regel 6; für jeden Vertrauensmann sind 2 Ersatzmänner zu wählen. Eine Herabsetzung der Zahl der Vertrauensmänner für kleinere Bezirke oder die Zusammenfassung mehrerer Bezirke unterer Verwaltungsbehörden zu einem Bezirk ist vorläufig nicht beabsichtigt.

Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits in der westfälischen Textilindustrie, die dieser Tage im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, haben keine Einigung gebracht. Die Unternehmer haben daraufhin Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für Westfalen beantragt. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister.

Alljährlicher Gewerkschaftstongreß. Der diesjährige alljährliche Gewerkschaftstongreß findet in der Zeit vom 26. bis 28. November statt. Die Tagesordnung steht im Augenblick noch nicht fest.

Streikbeschluss der Essener Transportarbeiter. Die Essener Transportarbeiter haben in einer Massenversammlung beschlossen, die beiden vom Schlichter in Dortmund gefällten Schiedssprüche für die Regelung der Arbeitszeit und des Lohnes abzulehnen und am Donnerstag in den Streik zu treten. Dem Beschluss der Essener Transportarbeiter dürften sich in den nächsten Tagen andere Städte des Ruhrgebiets anschließen.

Angenommener Lohnschiedsspruch. Die am Tarifvertrag für den niederösterreichischen Steinöhlenbergbau beteiligten freigewerkschaftlichen Organisationen haben den Lohnschiedsspruch angenommen, durch den die bisherigen Tarifschiedslohne und diejenigen Gehältsätze, die sich als reine Akkordlöhne darstellten, am 1. Oktober um 6 Prozent erhöht werden.

## Kleine Chronik

### Erdbeben in Wien

Am Sonnabend Abend wurde um 8.49 Uhr ganz Wien von einem heftigen Erdbeben durcheinandergeworfen. Es war so arg, daß viele Leute aus den Wohnungen liefen. In manchen Orten versetzten die Leute aus Angst die Häuser und sammelten sich auf der Straße an. Mehr als eine halbe Stunde lang war der ganze Telephonverkehr gestört. In einzelnen Häusern wurden durch die Erschütterung auch Schäden angerichtet.

Das Erdbeben begann mit einem jähen Schütteln, das innerhalb weniger Sekunden so stark anwuchs, daß es bedrohlich anzunehmen war. Leute, die bei Tische saßen, wurden so heftig geschüttelt, daß sie fürchteten, vom Tische weggeschleudert zu werden. Es war ein so beunruhigendes und unheimliches Gefühl, daß viele glaubten, die Häuser würden einstürzen. Die Lampen begannen zu schwingen, es schien, als wollten sie versinken. Türen von Soffen sprangen auf, Bücher fielen von Soffen herab und stellenweise wurden auch Gegenstände herabgeschleudert. Schwere Gegenstände begannen herumzurollen.

Die heftigen Erschütterungen währten sich auch in den elektrischen Werken so stark, daß stellenweise die Stromzufuhr gestört war und das elektrische Licht zeitweilig erlosch.

Mehrere Schornsteine an Wohnhäusern stürzten ein. In einem Haus wurde durch die herabstürzenden Dachziegel aber niemand verletzt.

In Deutschen Volkstheater in Wien brach eine Panik aus, nachdem die nur dadurch verhindert wurde, daß die Schauspieler weiterzuspielen, als sei nichts geschehen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen expedieren sich die Erdbeben über ganz Niederösterreich bis Steiermark und die benachbarten Länder. Sie scheinen am heftigsten in Niederösterreich gewesen zu sein.

### Inschauung des Schicksals

Nach Mitteilung des Referenten der Erdbebenkommission in der Sitzung des Gebiets des Erdbebens durch folgende Tabelle zu bezeichnen: in wärmerer Richtung Prag, in kühlerer Richtung Wien.

markt, in westlicher St. Pölten und in östlicher Steinamanger. Der Herd des Bebens dürfte etwa 60 Kilometer von Wien entfernt am Steinfeld liegen. Das Beben war tektonischer Natur.

### Am Herde des Bebens.

Wb. Wien, 10. Oktober. Das Zentrum des Erdbebens vom Sonnabend hat namentlich in den Dörfern Schwadorf und Enzersdorf verheerende Wirkungen gehabt. In Schwadorf wurden etwa 90 Prozent der vorwiegend aus Fachwerk bestehenden Häuser beschädigt, davon einige so stark, daß sie abgetragen werden mußten.

Militär wurde für die dringendsten Sicherheitsarbeiten eingesetzt. Kirche, Gemeindehaus, Pfarrhof und das Schloß des kürzlich verstorbenen Fürsten Montenuovo, St. Margareth am Moos, zeigten besonders schwere Schäden.

### Notwehr

Vor einem Berliner Schwurgericht hatte sich am Sonnabend der Gerüstarbeiter Friedrich Schulz wegen Mordanschlags zu verantworten. Der Angeklagte hatte vor einiger Zeit seinen Stiefbruder Paul Rosenfeld erschossen. Rosenfeld genoss den denkbar schlechtesten Leumund und war als außergewöhnlich brutal weit und breit bekannt. Wegen verschiedener schwerer Vergehen war er bereits mehrfach im Zuchthaus. Während er seine letzte Strafe verbüßte, heiratete sein Bruder Max Rosenfeld ein Mädchen, mit dem er befreundet gewesen war. Als Paul Rosenfeld davon im Zuchthaus erfuhr, erklärte er Mitleidsgelangen gegenüber, sich dafür blutig rächen zu wollen.

Als er wieder entlassen war, nahmen sich seine Brüder zunächst seiner an. Es kam aber sehr bald zu Auseinandersetzungen, zumal er sich in die Ehe seines Bruders einzumischen suchte.

Am 6. August sollte in einer Laube, die Paul Rosenfeld bezogen hatte, eine Aussprache unter den Brüdern stattfinden, um, wenn möglich, eine Versöhnung zustande zu bringen. Schon am Tage zuvor hatte Paul zwei seiner Brüder schwer mißhandelt und auch jetzt ging er sofort mit Drohungen gegen die Brüder vor. Als Paul seinem Stiefbruder Friedrich mit einem gezückten Messer an die Kehle sprang, feuerte dieser mehrere Schüsse ab, durch die Paul Rosenfeld tödlich getroffen wurde.

Während der Staatsanwalt 1 Jahr Gefängnis beantragte, erkannte das Gericht auf Freispruch, indem es dem Angeklagten Glauben schenkte, daß er in ausgesprochener Notwehr gehandelt habe.

### Start verschoben.

Berlin, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Lissabon gemeldet wird, ist der Start des deutschen Junkersflugzeugs nach Amerika nach verschoben worden, da über dem Ozean Nebel und starker Wind herrschte. Wann die Piloten aufsteigen werden, erscheint ungewiß.

### Ritter mit zwei Kindern verschwunden.

Seit Anfang Mai ist eine Berlinerin, Frau Gredow, mit ihren beiden Kindern, einem 7- und einem 13jährigen Mädchen namens Berta und Annemarie, spurlos verschwunden. Die Mutter war zuletzt mit ihren Kindern in dem Orte Pöhlshoj bei Strassburg in der Uckermark zur Erholung. Alle Nachforschungen nach den drei Personen sind bisher erfolglos geblieben, obwohl die großen Waldungen der Gegend mit Polizeihunden abgesucht wurden. Die Polizei befürchtet, daß die Frau entweder ihre Kinder getötet und dann Selbstmord begangen hat, oder daß alle drei von einem Mörder, der in Strassburg mehrfach mit ihnen zusammentraf, ermordet worden sind.

### Den Jagdgeführten erschossen.

Als vier Jäger aus Glogau auf dem Anstand nach Wildschweinen waren, wuschelte einer von ihnen den Pfad entgegen der vorher getroffenen Abmachung. Ein Schütze hielt in der Dunkelheit den Jagdgeführten für ein Wildschwein und gab einen Schuß auf ihn ab, der den Landwirt George sofort tötete.

### Zugelang neben der toten Mutter.

In Kiedrich (Kreis Groß-Urchitz) wurden am Sonntag in ihrer Wohnung eine Frau Mann und ihr 13jähriges Kind tot aufgefunden. In der Wohnung, die nach den polizeilichen Feststellungen seit Dienstag verfallenen war, befanden sich außer den Toten zwei weitere Kinder. Der Ehemann ist in einer Irrenanstalt. Die Leichen wurden von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Es wird Tod durch Vergiftung vermutet. In welchem Zustand sich die beiden andern Kinder befinden, wird nicht berichtet.

### 10 000 Mark Funderlohn.

Durch einen eigenartigen Zufall ist die Frau des Klempnermeisters Nieß aus Birnbach (im früheren Posen, jetzt polnisch) zu einem Funderlohn von 10 000 Reichsmark gekommen; sie hat auf dem Wege vom Bahnhof Bierzebanau, wohin sie ihre Tochter begleitet hatte, dicht an der polnischen Grenze einen Umsturz mit 20 000 Dollar Funderlohn gefunden, die von zwei Ausländern, die kurz zuvor die deutsche Pässe passiert hatten, verloren worden sind. Die Funderin dieses respektablen Betrags kann die 10prozentige Belohnung sehr gut gebrauchen, da ihr Mann schon seit längerer Zeit erwerbslos ist.

### Ein Elefant entwischt.

In der Nacht zum Sonnabend wurden im Hauptgüterbahnhof Frankfurt a. M. zwei Wagen eines Sonderzugs des Zirkus Krenze über den Kesselhof hinausgeschoben, so daß sie den Abgang kanalisieren konnten. In den Wagen befanden sich Elefanten, die erst befreit werden konnten, nachdem die Wagen völlig auseinandergefallen waren. Dabei ist es aber in der Dunkelheit einem jungen Elefanten gelungen, zu entkommen und in einen nahegelegenen Wald zu verschwinden.

### Die Südamerica-Expedition.

Auf der Hünauer Schiffswerft ist am Sonntag mittag der kleine Kutter, mit dem Günter Pflanzow, der aus dem Krieg durch seine abenteuerliche Flucht bekanntgewordene „Flieger von Tsingian“, eine Expedition nach Südamerika unternehmen will, seiner Bestimmung übergeben worden. Nach glückwünschenden Worten auf Pflanzows als Vertreter des Hauses Illieson (Berlin), das auch dieses Unternehmen Pflanzows finanziert, künfte das Schicksal des „Fliegers von Tsingian“ den Kutter auf den Namen „Fenerland“. Die Inszenierung über Portugal und Madagaskar nach Brasilien wird nach Erledigung der letzten Vorbereitungen demnächst erfolgen.

### Drei Stieföhne ermordet.

In dem polnischen Dorfe Smolin bei Demberg lebte dieser Tage der Knecht Jwan Bachor nach Verbüßung einer 10monatigen Strafe aus dem Gefängnis zurück. Vor 2 Jahren hatte er seinen Nachbarn getötet, weil sich dieser über seine Heirat lustig gemacht hatte.

Es war nachts, als er aus dem Gefängnis in sein Dorf zurückkehrte. Seine Wohnung war verschlossen und er brachte die Nacht auf dem Heuboden zu.

Hier traf er am Morgen mit zwei seiner Stieföhne zusammen. Ohne ein Wort zu sagen, stürzte er sich mit einem Messer auf die beiden jungen Leute und verwundete sie tödlich. Im Hofe begegnete er dann dem dritten Stiefsohn, auf den er gleichfalls zu sprang und ihn niederstach.

Mit dem blutigen Messer in der Hand trat er in das Haus. Hier traf er auf die Frau, die gerade ihr Kind nährte. Nur diesem Umstand hatte sie, wie der Mann ihr selbst erklärte, es zu verdanken, daß er nicht auch sie tötete.

### Granate explodiert.

Zwei mit Bohrarbeiten zur Sprengung eines früheren deutschen Unterstandes bei Berdingen (Belgien) beschäftigte Arbeiter fanden eine alte 15,5-Zentimeter-Granate. Bei dem Versuch, die Granate zu entleeren, explodierte das Geschöß. Die beiden Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, denen sie kurze Zeit darauf erlagen.

### Feuersbrunst in Indien.

Nach Meldungen aus Allahabad sind durch das Feuer in Rajasthan insgesamt 40 Personen ums Leben gekommen. Der niedergebrannte Stadtteil besteht fast ausschließlich aus Holzhäusern, so daß die Feuerwehr und das zugezogene Militär dem Element nahezu machtlos gegenüberstanden. Es scheint jedoch gelungen zu sein, nunmehr den Brand zu lokalisieren. Der angerichtete Schaden ist nur zum geringsten Teile durch Versicherung gedeckt.

## Bücherschau

Die hier angeführten Werke sind in der Buchhandlung Volkstimme zu haben.

Rosmos-Kalender 1928. 64 teilweise farbige Bilder auf Kunstdruckpapier nach Photographien und Zeichnungen aus dem Gebiet der Naturwissenschaft. Herausgegeben von Rosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart. Preis 2,40 Mark. Alle Gebiete der Natur und ihrer Wissenschaft werden mit Geschmack und Gelehrigkeit dargestellt. Die Bilder sind mit Verständnis ausgewählt. Ihre Bedeutung wird noch durch einen kurzen, erklärenden Text besonders unterstrichen. So ist der Rosmos-Kalender ein schöner, lehrreicher und abwechslungsreicher Jahresbegleiter, der bei seiner besonderen Stellung in der Kalenderwelt zu seinem alten Freundesstamm mit Recht immer neue Liebhaber findet.

Im Fernstudium. Von Wilhelm Bölsche. Mit Abbildungen und einem farbigen Umschlagbild (Rosmos-Bänden). Stuttgart, Rosmos, Fränkische Verlagsgesellschaft. Gebunden 1,25 Mark, gebunden 2 Mark. Es ist ungenügend reizvoll, der auf die langjährigen Fortschritte des Spezialisten gestützten Darstellung Bölsches zu folgen, der hier wieder seine meisterhafte Kunst bewährt, indem er uns ein anschauliches, lebensvolles Bild einer vorgezeichneten Periode vorführt.

Was ist Magnetismus? Erklärungen eines Elektrons. Von Hanns Günther (W. de Haas). Mit einem Umschlagbild von W. Bland und 60 Bildern im Text nach Zeichnungen von G. Meyer. (Rosmos-Bänden). Stuttgart, Rosmos (Fränkische Verlagsgesellschaft). Gebunden 1,25 Mark, gebunden 2 Mark. Das Elektron, das in einem jüngeren Rosmos-Bändchen „Was ist Elektrizität“ uns in eine der geheimnisvollsten, oder jetzt am meisten gebrauchten Naturkräfte eingeführt hat, übernimmt es jetzt, das Wesen des Magnetismus zu erklären. Die äußeren Erscheinungen kennt ja jeder, und wenn auch schon vor mehr als hundert Jahren der Zusammenhang zwischen Magnetismus und Elektrizität erkannt wurde, so können wir uns doch erst jetzt ein einigermaßen klares Bild davon machen.

Freizeit. Von Dr. med. Rudolf Mendert. Band 19 aus der Schriftenreihe „Leben und Gesundheit“ des Deutschen Hygiene-Museums. 69 Seiten Umfang. Mit 35 Photographien und 4 Zeichnungen. Preis 1,80 Mark. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt G. m. b. H., Dresden-N. 1. Volkstischtag 93. Zeit ist kostbar, Kultur, Leben. Der Mensch von Kultur unterscheidet sich vom kulturlosen dadurch, daß er Zeit hat, Zeit zum Nachdenken, Zeit für seine Mitmenschen, Zeit für sich, fürs Leben. Es geht dem Verfasser um die Bekämpfung eines neuen Lebens, einer neuen Kultur und um die Befreiung der Menschheit von der unheimlichen und eigne vernichtungsbereite Zeit, im besonderen beschäftigt er sich mit der Freizeit der Jugend, weil sie in der Träger eines neuen Lebens ist.

Da tut es weh. Von Dr. med. Georg Kaufmann. Band 17/18 aus der Schriftenreihe „Leben und Gesundheit“ des Deutschen Hygiene-Museums. 69 Seiten Umfang. Mit 35 Photographien und 4 Zeichnungen. Preis 1,80 Mark. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt G. m. b. H., Dresden-N. 1. Darin ist die große Vielgestaltigkeit der Zusammenhänge von Krankheitsursachen vor dem Verstande bezeugt, die große Zahl von Symptomenäußerungen der verschiedenen Körperorgane, das Herz-Kreislauf- und die Atemwege, Verdauungsstörungen und krankhafte Absonderungen, legt die Zusammenhänge vom Gesichtsfarbe, äußeren Aussehen und Krankheit, von Schwindel, Ohrenschmerzen und Krämpfen dar, spricht über die Verdauungsstörungen, über die Wirkung, Entzündungen, Schwellungen und Abmagerungen des Verdauungsorgans, über die Zeichen seiner Störungen und Abmagerungen des Verdauungsorgans. Auch diejenigen Lebenserscheinungen, die man in gefunden Tagen an sich beobachtet und die unter Umständen zu Krankheitszeichen werden können, finden Berücksichtigung. Der Schluß, das Nieren, Schilddrüse und Frieren, Risiken und Jucken sind anschaulich erklärt.

Die Buchführung. Von Otto Sopp und Hans Essler. Verlag des Zentralverbandes der Angestellten. Die freie Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten hat noch keine Gelegenheit verpasst, ihren Mitgliedern gediegene und vielseitige Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Jetzt gibt der Verband eine Schriftenreihe „Der Kursum“ heraus, von der die erste Schrift vorliegt: „Die Buchführung“ von den Handelsschulungslehrern Sopp und Essler dient zur Einführung in die Praxis der kaufmännischen Buchführungssysteme und Bilanz. Die leichte Verständlichkeit ermöglicht den Selbstunterricht in Buchführung an Hand dieses Büchleins. Die Schrift umfaßt 47 Seiten und wird, durch den Buchhandel bezogen, zum Preise von 1 Mark geliefert.

Soziologie und Sozialismus. Von Prof. Dr. Fritz Hartwig. 80 Seiten. Seinen gebunden 2 Mark, broschiert 1,50 Mark. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Das Büchlein ist eine Einführung in die Gesamtwelt der materialistischen Gesellschaftslehre. Der besonders in freientreffenden bekannte Professor Hartwig deckt die ökonomischen Triebkräfte auf, die das ideelle Chaos der Geschichte lenken. Die Darstellung ist gemeinverständlich. Sechs Illustrationen beleben den Text. Sie veranschaulichen einerseits die drei großen soziologischen Epochen (Wildheit, Barbarei und Zivilisation) durch die Darstellung des Lebens der Höhlenbewohner, der Phalanx und der ersten aderkontrollierenden Völker, andererseits die drei Formen der sozialen Verfassung (Sklaverei, Leibeigenschaft und Sozialismus) durch die Darstellung der Sklaverei im alten Ägypten, des Zunfthandwerks zur Zeit des Feudalismus und der Fabrikarbeit im gegenwärtigen Maschinenzeitalter. Das Büchlein ist mit einem wohlgetroffenen Portrait von Karl Marx geschmückt. Das Lebenswerk und interessante Büchlein verdient allgemeine Beachtung. „Soziologie und Sozialismus“ als Zugabe der „Urania“, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, ist im Verlag Jena erschienen.

Der Weg zur Splantheit. Von Sanitätsrat Dr. Max Maßke (Berlin). Verlag Dr. Georg Neesht, Berlin W 8, Kronenstraße 4/6. Preis 60 Pfennig. Probe und Gesundheitsfragen gleichzeitig Splantheit, nicht Magerkeit, die, übertrieben, ebenso krankhaft, leicht und ungesund ist wie Anorexie, wie übermäßige Fettsammlung. Wie man solche Splantheit erlangt, wie man sie erhält, ohne dem Körper und der allgemeinen Gesundheit zu schaden, das wird in dem Büchlein anschaulich klar verständlich und leicht erlernbar gelehrt. Nur in Regelung der Diät und leichter Körpergymnastik besteht die Methode, die zum Ziele führt.

Heimatkalender für Stadt und Land Magdeburg 1928. Verlag August Popper, Burg (Bezirk Magdeburg). Preis 60 Pfennig. Der neue Jahrgang dieses bekannten Heimatbüchleins ist erschienen. Er enthält wieder wie seine Vorgänger zahlreiche heimliche Beiträge und Erzählungen, die größtenteils mit künstlerischen Zeichnungen geschmückt sind. Auch das Kalenderium weist wieder 6000 meist gausige, schöne Abbildungen aus untrer Heimat auf. Jeder dem ansehnlichen Verzeichnis der Märkte und Messen und dem Randkalender bringt der Kalender als Kalenderbeilage für die Marktkunden 15 Heimat-Preisblätter, für deren richtiges Lösen 100 Preise ausgesetzt sind.

**Wahlrecht-Bekanntmachung**  
Anfragen über die Wahlrecht-Bekanntmachung  
Anfragen über die Wahlrecht-Bekanntmachung

**Wahlrecht-Bekanntmachung**  
Anfragen über die Wahlrecht-Bekanntmachung  
Anfragen über die Wahlrecht-Bekanntmachung

**BETTEN-INDUSTRIE**  
WILHELM CORNER  
Anfragen über die Wahlrecht-Bekanntmachung  
Anfragen über die Wahlrecht-Bekanntmachung

**Oskar Schülers**  
**Trauermagazin**  
Große Marktstraße 3  
(Altes Haus, Nähe Standesamt, Fernspr. 411)  
Sorge für Erwachsene von 25 J. ab  
Überführungen per Auto

**Kinderwagen**  
nur beste Fabrikate  
Reservenauswahl  
Reservenauswahl

**Wilhelm Oehlmann**  
Tischlerbrücke 6/7 u. 31  
Telephon 4771  
Gegründet 1812

**Wärmelampe**  
Haus für Licht  
Wärmelampe  
Wärmelampe

**Wärmelampe**  
Haus für Licht  
Wärmelampe  
Wärmelampe



# Milliardengabe den Hausbesitzern

Wie groß die Bedeutung der Hauszinssteuer ist, wird leicht unterschätzt. Das Aufkommen an Hauszinssteuer betrug im Rechnungsjahr 1925/26 nach der Reichsfinanzstatistik 1,26 Milliarden Mark. Davon dienten 674,5 Millionen Mark zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs von Ländern und Gemeinden und 586 Millionen zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit. Im Rechnungsjahr 1926/27 betrug das Aufkommen etwa 1,44 Milliarden, von denen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs 751,85 Millionen und zur Förderung der Bautätigkeit 685,55 Millionen verwandt wurden. Im laufenden Jahre 1927/28 ist mit einer weiteren Steigerung zu rechnen, und nach den jetzt geltenden Bestimmungen würde im Jahre 1928/29 das Aufkommen weiter ansteigen. Diese wenigen Zahlen zeigen, daß die Hauszinssteuer eine der wichtigsten Steuerquellen Deutschlands ist.

Sie zeigen weiter, daß der Wohnungsbau in stärkstem Umfang von der Höhe der zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel abhängig ist. Nur die Steigerung der zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel von 1925 zu 1926 um fast 100 Millionen Mark ermöglichte die Vermehrung der Wohnungen, während 1925 rund 190 000 Wohnungen neu geschaffen wurden, waren es 1926 rund 220 000. Die Hauszinssteuer ist also sowohl als Steuerquelle für Länder und Gemeinden wie als einziges wirksames Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot unentbehrlich.

## Ist sie auch eine gerechte Steuer?

Der Hausbesitz ist die einzige große Wirtschaftsgruppe, deren Inflationsgewinn steuerlich mit Nachdruck erfaßt wird. Es ist ungerecht, daß die anderen Inflationsgewinnler nicht ebenfalls stärker herangezogen werden. Damit ist aber noch nicht gesagt, wie bedenkenlos Artikelstreiber gelegentlich annehmen, daß die Hauszinssteuer ungerecht sei. Sie ist der einzige Erfolg eines richtigen Gedankengangs, der zur allgemeinen Besteuerung des Inflationsgewinns logisch hätte führen müssen, aber nur teilweise in der Praxis durchgeführt werden konnte. Die Hauszinssteuer ist eine gerechte Inflationsgewinnsteuer, darum muß an ihr festgehalten werden.

Sie stellt auch keine übermäßig hohe Steuer dar; vielmehr sind die besteuerten Hausbesitzer durchaus in der Lage, die Hauszinssteuerlast aufzubringen. Seit dem Beginn der Hauszinssteuergesetzgebung im Jahre 1924 wurde die Miete vielfach erhöht mit dem ausdrücklichen Zweck, erhöhte Mittel aus der Hauszinssteuer für Länder- und Gemeindefinanzen und für den Wohnungsbau zu erhalten. Dabei wurde fast bei jedem Gesetzgebungsakt ein Teil der eintretenden Mieterhöhung auf dem einen oder andern mehr oder weniger krummen Wege den Hausbesitzern zugewandt.

## Günstige Lage der Hausbesitzer

So ist es gekommen, daß heute die Lage des Hausbesitzers im großen Durchschnitt durchaus günstig ist. Dafür gibt es unzählige Anzeichen. Zunächst sind die Häuserpreise kräftig gestiegen. Dann aber zeigt gerade die erstarkende Propaganda gegen die Beibehaltung der Hauszinssteuer, die Tatsache, daß eine ganze Partei, die sogenannte Wirtschaftspartei, nur für den Kampf gegen die Hauszinssteuer geschaffen wurde, weiter die allgemein verbreitete Erscheinung, daß der Hausbesitz in der Lage war, trotz Hypothekenaufwertung und Hauszinssteuerlast in großem Umfang noch eine neue Verschuldung aufzunehmen und aus den Mieterträgen zu verzinsen, aufs deutlichste, daß dem Hausbesitz schon wieder große Mittel aus den Mieterträgen zur Verfügung stehen.

Man darf auch daraus schließen, daß unter dem Gesichtspunkte der Leistungsfähigkeit der Besteuerter die Hauszinssteuer gerecht ist. Man muß weiter feststellen, daß es ein großer Beitrag an den Mietern, d. h. an der Masse des deutschen Volkes, wäre, die Hauszinssteuer zu ermäßigen; denn die Mieterhöhung der letzten Jahre diente ja nach dem Willen der gesetzgebenden Körperschaften der Steigerung des Hauszinssteueraufkommens und nicht der Vermehrung des Einkommens der Hausbesitzer. Verändert man nachträglich die Verteilung der Miete zugunsten des Hausbesitzes, so macht man sich eines Betrugsmandats schuldig, wenn man nicht gleichzeitig mindestens die diesjährige Mieterhöhung rückgängig macht.

## Steuerpolitik als Wahlgeschäft

All diese Überlegungen spielen bei den Entscheidungen der Reichsregierung in der Hauszinssteuer keine Rolle; denn für sie kommt es nur darauf an, die Stimmen der Wirtschaftspartei für die Koalition zu sichern. Darum soll nach dem Willen der Reichsregierung die Hauszinssteuer gesenkt werden. Während das tatsächliche Aufkommen der Hauszinssteuer bei erheblich verbesserter Lage des Hausbesitzes im Vergleich zu allen Vorjahren nach der eigenen Annahme der Reichsregierung und den jetzigen Sätzen der Hauszinssteuer, die in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden bemessen sind, sich auf 1 700 Millionen jährlich beläuft, will die Reichsregierung das Steueraufkommen auf 1 500 Millionen Mark senken. Tatsächlich aber fehlt ihren Vorwürfen jede zureichende Begründung dafür, daß es ihr wirklich möglich sein wird, mit den vorgeschlagenen Steuerätzen auch nur diesen Ertrag zu erzielen. Vergleicht man diese Sätze mit den zurzeit in Preußen gültigen, so ergibt sich das folgende Bild:

In Prozent der Friedensmiete sind zu zahlen  
(nach Angaben des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine):

bei 0 Proz. Vorkriegshypothek-Belastung	in Preußen	d. Reichsregierung nach dem Entwurf
10	15 v. H.	16 2/3 v. H.
20	20	20
30	25	23 1/3
40	30	26 2/3
50	35	30
60	42	33 1/3
70	46	36 2/3
80	48	40
90	48	43 1/3
100	48	46 2/3

Mit Ausnahme der obersten und der untersten Staffel, die praktisch bedeutungslos sind, ist also in allen Fällen die neue Staffelung der Sätze niedriger als die geltende preussische. Eine Erhöhung der vorgeschlagenen Sätze um 10 Prozent würde noch nicht ausreichen, um die neuen Sätze den alten anzupassen. Erst eine Erhöhung um 15 bis 20 Prozent würde wieder etwa den gleichen Ertrag an Steueraufkommen bringen wie die gegenwärtigen Sätze. Der Vorschlag der Reichsregierung will das Gesamtaufkommen um 15 Prozent vermindern.

Die Regierungsvorlage sieht nun freilich vor, daß das neue Aufkommen von 1 500 Millionen Mark so verteilt werden soll, daß die heute dem Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel unberührt bleiben. Eine gesetzliche Garantie dafür wird aber nicht geschaffen. Vielmehr wird ausdrücklich eine Aufforderung an die Länder gerichtet, an Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau zu sparen, damit sie so erhöhte Mittel für ihren allgemeinen Finanzbedarf zur Verfügung haben. Das wird natürlich geschehen; denn die Finanznot der Länder ist groß; es wird geziehen auf Kosten der Zahl und des Mietpreises der neu zu errichtenden Wohnungen.

An diesem letzten Punkt ist aber der Hausbesitz besonders interessiert. 1926 und 1927 war es stellenweise bereits möglich, die Mieten in Neubauwohnungen nahe an das Mietniveau der Altmietungen von 120 Prozent Friedensmiete heranzubringen. Werden die Hauszinssteuermittel verkürzt, so ist die Folge, daß die neuen Wohnungen teurer werden, und weiter, daß das gesamte Mietniveau höher liegt, als es notwendig wäre. Dann kann auch der alte Hausbesitz mit neuen Mieterhöhungen rechnen. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sieht der neue Entwurf vor, daß solche Mieterhöhungen nicht mehr von Erhöhungen aus der Hauszinssteuer begleitet sein sollen.

## Ein großes Zukunftsgeheimnis an den Hausbesitz

Die jetzige Regierungskoalition plant zum 1. April 1929 eine neue Mieterhöhung. Beträgt sie auch nur 10 Prozent der Friedensmiete, so bedeutet das oberhalb eine Mehrerinnahme von rund 500 Millionen Mark jährlich für den Hausbesitz.

Schließlich soll ein Teil der Steuer, der etwa ein Fünftel des Aufkommens bringen würde, in den Jahren 1931 und 1934 je zur Hälfte abgebaut werden. Sägt man die Wirkungen dieser und der geplanten Gesetzgebung für den Hausbesitz zusammen, ganz abgesehen von dem versprochenen weiten Ausbau der Wohnungszwangswirtschaft, so sieht sein Gewinn an Jahreserinnahmen etwa so aus:

am 1. April 1928	200 Mill. Mk. durch Steuerabbau
am 1. April 1929	500 Mill. Mk. durch Mieterhöhung
am 1. April 1931	150 Mill. Mk. durch Steuerabbau
am 1. April 1934	150 Mill. Mk. durch Steuerabbau

Zusammen 1 000 Mill. oder 1 Milliarde Mark  
Das entspricht einem Kapitalwert von 12 1/2 Milliarden, also der Reparationschuld von 5 Jahren.

Das deutsche Volk soll nach dem Willen der Reichsregierung in den nächsten Jahren fast so viel an den Hausbesitz schenken, wie es an Reparationen aufzubringen hat. Dieses Geschenk muß die Wirkung haben, die Mieten zu steigern und die Wohnungsnot durch ein ungeheures Wohnungselend zu erzeugen. Der Entwurf der Reichsregierung kleidet diese unermessliche Wirkung der neuen Hauszinssteuergesetzgebung in die fanfanten und unendlich höhnlichen Worte: „Die Wohnsitzen unterliegen gewissen Veränderungen und passen sich neuen Verhältnissen an.“

## Unumgängliche sozialdemokratische Forderungen

Was müssen demgegenüber unsere Forderungen sein? Jeder Abbau der Steuer ist zu unterlassen, und ohne Mieterhöhung sind die Steuerätze mit 20 Prozent höher anzusetzen, als die Reichsregierung vorgeschlägt. Von jeder fünfzigsten Mieterhöhung muß der größere Teil der öffentlichen Hand ausschließlich für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Ein geringfügiger Abbau der Steuer darf erst im Jahre 1932 erfolgen, in dem dem Hausbesitz durch die Kündigung der Aufwertungshypotheken tatsächlich erhöhte Lasten entzogen müssen.

Angefaßt des Fehlbedarfs von rund 1,2 Millionen Wohnungen muß der Finanzanteil der öffentlichen Hand auf 700 Millionen Mark beschränkt und der ganze Ertrag, den die

Steuer darüber hinaus bringt, dem Wohnungsbau zugeführt werden. Erst wenn die Zins- und Amortisationsbeträge aus den zur Förderung des Wohnungsbaues gewährten Hauszinssteuerhypotheken die Hälfte des jährlich für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Steueranteils übersteigen, darf mit dem langsamem Abbau der Steuer begonnen werden, der sich fernerfalls über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren erstrecken muß. Auf diese Weise kann allein das Problem der Wohnungsnot gelöst werden. Nicht nur für Jahre, sondern für Jahrzehnte, wie es notwendig ist. Das deutsche Volk, das Krieg und Inflation ertragen hat, muß davor geschützt werden, von neuem in das Wohnungseld der Vorkriegszeit und die Zwangsnechtschaft der Hausherren zu versinken.

# Magdeburger Angelegenheiten

## Anzucht

Denn eben wo Begriffe fehlen, Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.

Eine Zimmervermieterin, die einem Brautpaar für zwei Abende in der Woche einen Raum vermietet hatte, wurde vom Dresdner Amtsgericht nach § 180 des StrGB wegen Stuppeit verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, die Beklagte habe durch Ueberlassung des Zimmers an ein Brautpaar „die Ausübung der Anzucht geduldet und gefördert“. Die Angeklagte legte Berufung ein und machte geltend, daß man geschlechtlichen Verkehr zwischen Verlobten nicht als unfittlich bezeichnen könne. Das Oberlandesgericht Dresden hat sich aber der Auffassung des Vorberichts angeschlossen und die Revision mit der Begründung verworfen, auch der Geschlechtsverkehr zwischen Verlobten falle unter den Begriff der Anzucht. Das Urteil blieb bestehen. So geschah im Jahre des Heils 1927.

Die Wege unserer Rechtsprechung sind wunderbar, und der Begriff „Anzucht“ wird so seltsam angewandt, daß der Laie gut daran tut, sich recht viel Einzelfälle einzuprägen, um etwaigen Gewissenskonflikten aus dem Wege zu gehen. Merke also: Wenn eine Braut sich am Hochzeitsstage vor der Trauung dem Geliebten hingibt, so ist das Anzucht. Eine Viertelstunde später ist die gleiche Hingabe an den gleichen Menschen keine Anzucht mehr — vorausgesetzt, daß in der Zwischenzeit das Standesamt den Fall gebucht hat.

Wenn ein reicher Lebemann ein frisches Mädchen den Eltern abgekauft, das heißt durch materielle Zugeständnisse seinen Heiratsantrag schmachtig gemacht hat, so darf die junge Frau nach der Eheschließung nicht nur ihren Widerwillen bezwingen und sich die Lieblosungen des Gatten gefallen lassen, sondern sie ist sogar gesetzlich dazu verpflichtet. Das ist keine Anzucht. Wenn aber zwei junge, gesunde Menschen, die zu arm sind, einen Hausstand zu gründen, einander ohne Standesamt angehören, so ist das Anzucht.

Wenn ein junges Brautpaar, das keine Wohnung findet, der Liebe „frönt“, so ist das Anzucht. Wenn die gleichen Menschen später als gesetzlich verbundenes Ehepaar alt und kalt geworden sind, wenn sie vielleicht gar erkrankt haben, daß ihre Liebe Irrtum war, dann dürfen sie trotzdem soviel sie wollen miteinander sein, dann ist es keine Anzucht mehr.

Wenn jemand seinen Körper gewerbsmäßig feilbietet, so ist das Anzucht. Wenn jemand sich mit einem Menschen, den er leidenschaftlich liebt, körperlich verbindet, ohne mit ihm verheiratet zu sein, so ist das auch Anzucht.

Das sind einige wenige Beispiele, sie sind beliebig zu ergänzen. Der neue Strafgesetzentwurf arbeitet frisch und fröhlich in der alten Weise mit dem Worte „Anzucht“ weiter. Es wäre wirklich an der Zeit, daß im Sprachgebrauch unserer Rechtsprechung mit diesem Ausdruck aufgeräumt würde. Die gedankenlose Anwendung des Begriffes Anzucht schlägt jedem gefunden menschlichen Empfinden ins Gesicht, sie ist empörend, dumm und unzüchtig.


## Neuzeitlicher Siedlungsbau

In der Vortragsreihe „Städtebau und Siedlung“ der Magdeburger Volkshochschule sprach am Sonnabend Professor Mebes (Berlin) über das Thema „Neuzeitlicher Siedlungsbau“. Der Redner erörterte allgemeine Grundzüge für den Bau von Wohnsiedlungen größeren Umfangs, die modernen Bauleuten heute schon zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Daß man bei Ausführung größerer Bauvorhaben die architektonische Gestaltung möglichst einheitlich durchführt, daß auf moderne überhöhte klare Baugliederung Wert zu legen ist, daß gesunde hygienische Bedingungen auf das genaueste beachtet werden müssen, erläuterte er an zahlreichen Beispielen.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist die offene und weitläufige Anordnung der Baublocke, damit eine ausreichende Be-

Das Firmenschild brarucht Licht

wenn es auch des Abends deutlich sichtbar sein soll.



Fordern Sie lichtwirtschaftliche Beratung vom Elektro-Fachgeschäft.

# OSRAM







Nachrichten aus der Provinz

Bergarbeiterfrauen, unterstützt eure Männer!

In der nächsten Woche wird das große Ringen im mittel-deutschen Braunkohlenbergbau beginnen. Dieser große Kampf wird den Braunkohlenindustriellen zeigen, daß die Arbeiter in der Lage und gewillt sind, sich einen höhern Lohn zu erkämpfen.

Nach der ganzen Sachlage wird der Erfolg auf Seiten der Arbeiter sein, wenn sie einig und geschlossen den Kampf aufnehmen und führen. In dieser Stunde gilt es, noch ein ernstes Wort an die Frauen der Arbeiter des Braunkohlenbergbaues zu richten.

Daß gerade die Frauen eine große Bedeutung haben, wissen auch die Arbeitgeber ganz genau. Bei der letzten Flugblattverteilung von ihrer Seite haben sie sich ja besonders an die Frauen gewandt. Zweifellos werden sie auch in den kommenden Tagen alle Mienen sprengen lassen, um die Frauen auf ihre Seite zu bringen.

Bergarbeiterfrauen, denkt doch einmal nach, warum dieser Kampf geführt wird. Eure Männer wollen doch kämpfen, um der Familie eine bessere Lebenszeit zu schaffen.

Die Löhne der Braunkohlenarbeiter sind deshalb so niedrig, weil die Arbeitgeber sich stark genug fühlen, diese möglichst tief zu halten, um ihren Profit zu erhöhen.

Entlassungsbeihilfungen

Vom 1. Oktober an sind die Arbeitgeber verpflichtet, ihren Arbeitnehmern nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Verlangen eine Beihilfung auszustellen, aus der Art, Beginn, Ende und Höhegrund des Arbeitsverhältnisses sowie die Höhe des Arbeitsverdienstes für die letzten 3 Monate vor Beendigung

Zangermünder Zunftartikel

Im Gebiet der Handwerkskammer Magdeburg waren im Jahre 1926 von rund 25 000 selbständigen Handwerklern des Bezirks 21 970 oder 91 Prozent in Zünften organisiert.

Zu jenen längst vergangenen Zeiten war es unmöglich, weil es zugleich auch als polizeiwidrig galt, als Handwerker nicht organisiert zu sein.

Die besten Ueberlieferungen aus der „Irammen“ Zeit der Zünfte sind die Gildebrieve, die aus dem Archiv der Stadt Zangermünde der Heimatforscher W. Zahn ausgegraben hat.

Der Zunftzwang wurde streng durchgefühlt. Er brachte vielerlei Beschränkungen des Handwerks. Jeder durfte nur eine Tätigkeit betreiben. Das brachte den betreffenden Beruf natürlich technisch vorwärts und war damals noch nicht zu unterschätzender Bedeutung.

des Arbeitsverhältnisses und eine etwa gewährte Abfindung oder Entschädigung herbeiführt. Die Arbeitsnachweise haben für diesen Zweck Vorbrüche angefertigt, die durch den Gemeindevorsteher und auch durch das Arbeitsamt auf Anforderung gegen Erstattung der Unkosten an die Arbeitgeber abgegeben werden.

Saatenstand im Oktober

Wie der „Amüliche Preussische Pressedienst“ einer Uebersicht der „Statistischen Korrespondenz“ entnimmt, ist das Ergebnis der Saatenstandsfeststellung in Preußen zu Anfang Oktober für die Getreidearten, den Kohl und die Futtergewächse nicht erfreulich, besonders nicht für die Getreidearten.

Mit dem Ausmachen der Kartoffeln wurde überall bereits vor 14 Tagen begonnen, soweit die Bodenmasse dies irgendwie ermöglichte.

Die Getreideernte ist bis auf Reife von Weizen, Hafer, Bohnen und Gemenge beendet. Im ganzen konnte die Getreideernte bei dem günstigen Wetter Anfang September noch leidlich geordnet werden, doch meist in beschädigtem Zustand.

Die Herbstbestellung ist zwar überall im Gang und für Wintergerste zumeist beendet, doch ist sie im ganzen noch sehr im Rückstand, da die Acker zu spät und die Ueberntung der Felder sich bei der unbeständigen Witterung zu lange hingezogen hat.

Die Dingerverhältnisse sind im allgemeinen befriedigend, jedoch wird Kunsftunger wegen der Geldknappheit nicht in ausreichendem Maße verwendet.

Das Vorkommen von Schädlingen hält sich ansehnend in engeren Grenzen. Ziemlich stark verbreitet ist allerdings die Raupenplage im Kohl und in den Kohlrüben, worüber fast in allen Gegenden geklagt wird.

Kreis Wanzleben

Fraktionsitzung. Heute (Montag) um 20 Uhr im obern Zimmer der „Hansjafale“. Parteivorstandssitzung ebenfalls heute (Montag) abend 20.30 Uhr in den „Hansjafalen“.

Groß-Otterleben

Zentralverband der Arbeitsinvaliden. In der Mitglieder-versammlung gedachte der Vorsitzende Frensel der verstorbenen Mitglieder. Der Kassierer Tschä erstattete den Kassierbericht vom

8. Quartal. Dann berichtete Frensel über die Kreisversammlung in Wanzleben. August Frensel erläuterte die Fürsorge für Halbwaisen und Waisen und sprach über das Heilberfahren. Frensel ging auf das von den Mitgliedern angeregte Verlangen ein, das vom Vorstand festgesetzt werden wird, und kritisierte die Prüfung der Anträge auf Waisenrente sowie die schwache Beteiligung an Begräbnissen der verstorbenen Mitglieder.

Stadtkreis Burg

Gemeindevorstandssitzung am Mittwoch den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. Herstellung von Fußwegen in den Siedlungen; Antrag der Siedlungs-Gesellschaft Klein-Otterleben auf Baugenehmigung.

Gewerkschaften und Wirtschaft

Vor Betriebsräten und Funktionären hielt Genosse Kurt Geinitz (Berlin) einen Vortrag über „Gewerkschaften und Wirtschaft“. Als ausgezeichneten Kenner der wirtschaftlichen Zusammenhänge behandelte er die Begriffe Konjunktur und Krise.

Uebergehend zu dem Anteil des Lohnes am Produkt untersuchte Redner die Auswirkungen der Lohnherabsetzungen auf den Preis der Waren. In Beispielen aus der Schuhindustrie, dem Baugewerbe usw. zeigte er, daß durch die intensiveren Arbeitsweise der Nachkriegszeit, durch bessere Ausnutzung technischer Betriebs-einrichtungen, Verkürzung der Wege, die das Arbeitsstück von einem zum andern Beschäftigten zurücklegen muß, eine erhebliche Mehrproduktion erzielt wird.

Die Rationalisierung der Warenherstellung ist eine Möglichkeit, billiger zu produzieren. Bisher haben wir aber von einer Senkung der Preise der Waren nichts verspürt. Die Arbeiterschaft hat aber durch vermehrte Arbeitslosigkeit diese Fortschritte der Warenherstellung zu kosten bekommen.

Der lästige Schlein

Waren zuerst die Gewandsschneider die berühmteste Gilde in Zangermünde, so wurde ihnen im 17. Jahrhundert von den Bierbrauern der Rang streitig gemacht.

Meister hier aufgenommen werden, so genügte nicht etwa der beglaubigte Zunftbrief einer benachbarten Berufsgilde, sondern sie verlangten ohne Gnade aufs neue ein dreifaches Meisterstück.

Die familiären Gebundenheiten des einzelnen Zunftbruders wurden geachtet. Sogar eine einfache Familienfürsorge war fahrungsgemäß vorhanden. Die Schneidergilde und auch manche andre sorgten z. B. für das Begräbnis der Angehörigen und brachten im Wege der Umlage eine Sterbeunterstützung für den Handwerker oder seine Angehörigen auf.

Unter diesen Verhältnissen wird es manchem Meister und Gesellen schwergefallen sein, die spätere Mittelstraße des Schicksals zu wandeln. Aber als Vorstufe für die spätere zünftlerische Spießbücherei waren solchen Sittengedarmten unerlässlich. Am wichtigsten werden sich die weiblichen Teile der Zunftfamilien unter diesen Bedingungen gefühlt haben, sagt doch Goethe in seinem „Faust“:

„Die Mädel sind doch sehr interessant, ob einer fromm und schlicht nach altem Brauch, sie denken, ducht er da, folgt er uns eben auch.“

Die Gerechtigkeit dieses zünftlerischen Sittengebäudes wird aber dem bewußt, der ab und zu in den Kirchenbüchern der damaligen Zeit liest. Sehr oft findet man, daß eine alte Frau einen jungen Mann heiratet. Nach kürzerer oder längerer Zeit stirbt die alte Frau und der junge Mann heiratet dann jung. Warum? Für den denkenden Leser gewinnt diese trödelne Aufzeichnung des vergilbten Kirchenbuchs plötzlich Leben. Er sieht die Zunft: der vorwärtsstrebende junge Geselle kann nur Meister werden auf dem Umweg über die Heirat der alten Meisterwitwe. Sie erst, nicht seine Tüchtigkeit, macht ihn zunftfähig, und erst nach deren Tode erhält er seine natürliche Freiheit als Mensch zurück und kann sich selbst den passenden Gesäften des Lebens suchen.

„Es hieß wanz“, wie man das Zangermünder Bier nannte, ließ wohl ganz ansehnliche Goldmünzen fallen. Neben den genannten gab es noch die Knochenhäuerergilde, das waren die Fleischer, die Schuster, die wie bei uns im Kriege das Leder zuteilten, die Krämer (Kolonialwarenhandler), die verschiedenen Arten von Schmieden, Tischler, Rüstler und Beutler, Putzmacher, Leineweber, Zimmerleute, Wäcker, Brantweiner (Brenner), Rad- und Stellmacher, Maurer, Leineweber, Apotheker und Bäcker, für die den Alten nach 1685 eine „revidierte Prot- und Semmelkarte“ aufgesetzt worden war. Das ist durchaus noch keine allzu reichhaltige Gildenliste. Andre Städte führen oftmals 40 bis 50 solcher Zunftvereinigungen auf.

Zug der guten Organisation dauerte es lange, bis die Gilden sich auf kommunalpolitischem Gebiet, auch auf dem Rathaus, durchgesetzt hatten. Als die Bierbrauergilde sich die Führung erobert hatte, mußte sie im Rate der Stadt dem Stand der Gelehrten weichen. 1604 teilte der Rat der Stadt die Einwohner in drei Stände ein. Zum ersten Stand gehörten die Geistlichen, Doktoren und Großbesitzer, während die mächtige Gilde der Brauer in den zweiten Stand und manch andre noch weiter hinten angeordnet wurden. Daß in diesem Dreiklassenstufem in jedem Stand genau vorgeschrieben wurde, was für Kleider er zu tragen hatte, wieviel Geld er für seinen Regen auszugeben und wieviel Paten er zur Taufe seines Kindes zu laden hatte, war selbstverständlich. Wenn es auch hier und da zu Meibellonen kam, so kann man doch allgemein sagen, daß die Gilden trotz der in ihnen verfürperten Macht diese Kasteneinteilung ruhig hinnahmen. Ein römisches Wort heißt: „So stirbt sich's schon, die Waffen in den Händen.“

Einen Fortschritt brachte die Gildenorganisation nur insofern, als sie ein Glied bildeten in dem Befreiungskampf der Städte von den abligen Grundherren. Hatte vorher der Grundherr u. a. auch das Verfügungsrecht und die Gewalt über die Arbeitskraft des Handwerkers gehabt, so wendete die Zunft nunmehr das Wort und die geschlossene Organisation wurde jetzt zur Fessel des Grundherrn. Der Schutz der Arbeitskraft wurde durchgeführt. Säumige Kunden kamen auf die schwarze Liste und kein anderer Handwerker lieferte ihnen Arbeit, bevor sie nicht die alten Schulden begleichen hatten. Selbst Brauer und Gastwirte schlossen sich diesem Vorgehen an. Wie mag da dursichtigen Köpfen zumute gewesen sein! Die Kunden waren aber gegen nachlässige Meister auch geschützt. Wenn beispielsweise ein Schneidemeister den Anzug nicht fristgerecht anfertigte und den Stoff liegenließ, forderte ihn der Gildeneinmeister auf, binnen 14 Tagen die Arbeit zu erledigen oder eine Wonne Bier als Strafe zu zahlen. Den Brauern war unter Androhung empfind-



Ausland, sondern die Steigerung der Kaufkraft im Inland durch Erhöhung der Löhne kann zu einer besseren Beschäftigung unserer Industrie führen und die ständigen Krisen vermeiden.

Die interessanten Ausführungen wurden mit Beispielen aus Amerika, die Medner aus eigener Anschauung kennengelernt hatte, durchflochten. Das Märchen von der größten Intensität der Arbeitsleistung jenseits des großen Wassers wurde dabei perhorribiliter. Dabei ergab sich, daß nur durch praktische Ausnutzung der Betriebsmittel eine Verbilligung der Herstellungskosten erreicht werden kann, die zu einer wesentlichen Senkung der Warenpreise und dadurch zu einer erheblichen Absatzsteigerung führt. Die rückständige Einstellung des deutschen Unternehmertums, die in einer möglichst niedrigen Entlohnung und in dem Grundsatz „Großer Nutzen bei kleinem Umsatz“ ihr Heil sieht, fand gebührende Würdigung.

Auf Anfrage wurde die Einwirkung der Diskonterhöhung der Reichsbank gestreift, die wohl eine Verteuerung der Warenpreise nach sich zieht, aber durch Verbesserungen der Betriebsführung und Stärkung der Kaufkraft durch höhere Löhne ausgeglichen werden kann. Genosse K u s t e erläuterte noch kurz die Lohnklasseneinteilung zur Erwerbslosenversicherung und gab über die Leistungen und neuen Lohngruppen zur Krankenkasse Auskunft. Zum Schluß wurde auf die am Dienstag den 18. Oktober stattfindende Ortsausstellung hingewiesen, in der ein Lichtbildvortrag gehalten wird. Zu diesem haben interessierte Gewerkschaftler freien Eintritt, und es wird reger Besuch erwartet.

Streik. Wie uns die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes mitteilt, befinden sich die Tischler und Maschinenarbeiter der Firma Wismann u. Sohn seit Sonnabend den 8. Oktober im Streik! Der Kampf geht um Anerkennung des Sandestariverttrags.

Parteierversammlung. Am Dienstag abend 8 Uhr bei Schradler spricht Genosse E r u m m e n e r l in unserer Mitglieder-Versammlung.

Die Rotgemeinschaft schreibt: Eine allgemeine Weihnachtsfeier für die Bedürftigen aller Berufsstände veranstaltet auch in diesem Jahre die Rotgemeinschaft. Der Vorstand wird mit einer Sammelliste an die Öffentlichkeit herantreten, damit das Weihnachtsfest auch für die Bedürftigen ein Fest der Freude wird. Zur zentralen Erfassung aller bedürftigen Kräfte ladet der Vorstand der Rotgemeinschaft zu einer Besprechung im Lichtbildsaal der Pestalozzischule für Sonnabend den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, ein.

Mieterversammlung. Am Dienstag findet in der „Zentralhalle“ ein Lichtbildvortrag statt.

Jugend und Sport lautet das Thema, über das am Dienstag abend 8 Uhr Genosse G u t h (Stuttgart) im Gewerkschaftshaus sprechen wird. Es ist notwendig, daß die jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder zu dieser Versammlung erscheinen.

### Kreis Wolmirstedt

Bericht, ihr Arbeiter, Kleinrentner, Sozialrentner und Kriegsveteran! Vor etlichen Tagen hat man in unserm Orte 200 Schritten bzw. Zeitungen: „Niederländisches Land- und Gartenblatt“ abgesetzt. Den Arbeitern hat man es recht schmeichlich gemacht. Es sind Preisrätsel zu lösen, die einen Gesamtwert von 5000 Mark aufzuweisen haben. Auch ist eine Versicherung dabei, welche verspricht, bei einem Todesfall durch Unfall bis zu 2000 Mark auszugeben. Laßt euch durch die großen Zahlen nicht verblüffen! Wer bezahlt denn diese 200 Zeitungen, die hier unentgeltlich verbreitet werden? Verschont man keinen? Wenn der Abonnementspreis monatlich nur 60 Pfennig beträgt und diese Zeitschrift mit den „Jahönen“ Romanen wöchentlich erscheint, so kann bei der Sache irgend etwas nicht stimmen. Verschont man den Verlag nichts. Politisch neutral soll das Gartenblatt sein? Wer genauer hinsieht, merkt etwas anderes. Mit Preisrätseln, Unfallversicherung und niedrigen Preisen will man leichtgläubige Leute als Abonnenten einfangen, um sie dann abzuhalfen, eine politische, eine sozialdemokratische Tageszeitung zu abonnieren. Wer sich politisch und wirtschaftlich informieren will und das mag doch jeder, der mag die „Vollstimme“ lesen und wer eine Versicherung abschließen will, der tue es bei der „Vollstimme“, in der es keinen Versicherungsversall gibt. Anträge nimmt der Genosse Bertold Genthge entgegen.

### Obendorf

Arbeiter-Gesangverein Einigkeit am Dienstag den 11. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr, Übungsabend für beide Chöre mit anschließender Generalversammlung. Alle aktiven und passiven Mitglieder müssen erscheinen.

### Döbenstedt

Gemeindevertreter-Sitzung heute (Montag) abend 8 Uhr im Gemeindebureau.

### Wolmirstedt

Parteierversammlung Dienstag den 11. Oktober, abends 8 Uhr, in „Stadt Prag“. Bringt Gäste mit.

höher Strafen beim Kauf von Getreide und Hopfen Preistreiber verboten. Auf diese Weise wurde auch der unlautere Wettbewerb unterbunden.

Zu Zeiten mit großen Arbeitslosigkeiten sieht sich die Kunst auch zur Arbeitsvermittlung gezwungen. Fehlt es einem Meister an Kollegen, so soll er nach den Satzungen an die Gildemeister in Magdeburg, Berlin und Potsdam schreiben, daß ihm von dort auf seine Kosten Kollegen zugesandt werden. Bei der Lehrlingsannahme boren die Meister verpflichtet, ihre Lehrlinge nur bei den ältesten Meistern zu bringen und vor Beginn der Lehre prüfen zu lassen. Die Lehrlingsverhältnisse arbeiten zur Hand und dann erst ging die Aufnahme in Gegenwart des ganzen Handwerks und zweier Gesellen vor sich. Die einem Zimmermeister ein Lehrling dazun, wurde nicht der Lehrling, sondern der Meister mit einer halben Lonne Bier bestraft. Auch durfte er so lange keinen anderen einstellen, als des Entlassenen Lehrling gefunden hätte. Zusammen eine kleine Sicherung gegen schlechte Behandlung während der Lehrzeit.

Das Gesellenverhältnis scheint nach dem Stellenmarkt-Geldwert leiblich gewesen zu sein. Der Lohn wurde nicht individuell, sondern jahresweilig als Tariflohn festgesetzt; von Ausbeuter- und Gläubigerbedauern für den dritten Teil des Preises, den der Meister nahm. Solch unlogisch waren aber die Bestimmungen, wenn sie Arbeitslose und Meister wegschickten wollten. Dann verlangte man, daß sie erst 4 Jahre außerhalb der Stadt arbeiten mußten. Zudem durfte sie kein Meister derselben Kunst beschäftigen.

Krieger des eigenartigen Handwerkers bildeten auch Krieger unter sich. Es mag noch erwähnt werden, daß es nachher noch immer eine Gilde der Prospektanten gab, und ihr von den gewerkschaftlichen Geistes getragene Demagogik hatte wieder die jenseitigen Geldgeber aufzuweisen. Schon damals fanden viele Städte nicht an, das Gewerbe dieser „jahrab Jünger“ ganz besonders bevorzugt für sich zu wählen.

Rebent man auch, daß die Gilde besetzte Zunftgänger hatten, teilweise ihre eigene Gerichtsbarkeit ausübten und im politischen Sinne besondere Privilegien bildeten, kann man wohl von einer politischen Macht derselben sprechen. Zur Zeit dieses politischen Kampfes erprobte sich auch ihre Arbeit: Meisterjäger, Meisterwähler und Meisterkandidaten wählten es. Der Niedergang der Gilde verlief sich, weil sie sich gegen andere Berufe zu sehr abgrenzten und den industriellen und wirtschaftlichen Wandel, den die neue Zeit mitbrachte, verweigerten. Sie erstarben!

Der Proletariat des 20. Jahrhunderts weiß, daß auch er sich nach die politische Macht nicht erwerbend, damit sich seine Interessen erst voll ausleben und den kapitalistischen Staat zerschlagen können. Er lernt aber auch, daß der Kampf nicht um harte Formen gehen darf. Nicht der Kampf um die Macht, der Gegenstand haben wir die Situation abzuwandeln. Nicht der Kampf, der seinen Zeit zu dienen hat, sondern der, daß es nicht von uns hergekommen kann. Nicht der, daß es ein Ziel gibt! Fr. R. Spitzer.

## Kreis Neubaldensleben

### Sorgenfreie Polizeistunde.

Wenn der Herbstwind über die Stoppeln bläst, beginnt für den Neubaldensleber Bürgermann die Zeit, in der er sich „mopft“. Papenberg, Flora und Biegelei sind zwar auch zu dieser Zeit lohnende Ziele für den täglichen Spaziergang, aber der Weg ist bei kühlem Wetter wenig verlockend. Da ist Netter aus tödlicher Langeweile für den honetten Bürgermann der abendliche Stammtisch. Getreu der kleinstädtischen Massenordnung scharen sich um ihn hier die Meister des ehrfamen Handwerks, dort die Honorationen des Städtchens und alle kommen auf ihre Rechnung. Da wird der obligate Stab gebrochen, da fällt im brühenden Gelächter über faustbilde Boten die Lünche bürgerlicher Wohlstandigkeit ab, da steigert sich mit jedem Maße hier die politische Erleuchtung, da machen die wadern Viertelschätzen ihrem gequälten Herzen Luft, da wird dem roten Bürgermeister, dem Finanzamt und der schwarzrotgoldenen Republik der Krieg bis aufs Messer erklärt, bis die Polizeistunde die edeln Mannen daran gemahnt, daß es noch Mächte gibt, die stärker sind als sie.

Die Polizeistunde! Hart trifft den honetten Bürgermann, welcher Stammtischrunde er auch angehören möge, diese Beschränkung der persönlichen Freiheit. Da haben wir nun die freie Republik und müssen uns solche Bevormundung gefallen lassen, hört man ihn räfornieren, als er schwankenden Ganges die gastliche Stätte verläßt. Aber diese Republik, die für die patriotischen Gefühle ihrer Bürger so gar kein Verständnis hat, die selbst dann mit polizeilichem Zwang einschreitet, wenn sich die Feier des Geburtstags des Herrn Generalfeldmarschalls, den er sich zum Netter erloren, um einige Vierlängen über die Polizeistunde ausdehnt.

Aber man muß sich zu helfen wissen. Gesetze sind dazu da, daß sie umgangen werden. An diesen allen Satz erinnerte sich ein hoher Würdenträger der Stadt. Und zog, frei von Sorgen, mit seinen Freunden in ein andres Restaurant. Sein richterliches Gewissen, das sich ob dieses Strzwegs leise regte, ward besänftigt durch die tröstliche Gewißheit, daß man nach einer Kammergerichtsentscheidung auch über die Polizeistunde hinaus in einem Lokal verweilen darf, wenn man auf den Genuß von Speise und Trank verzichtet. Und so sah man dann heroisch vor leeren Gläsern und vergnügte sich bei harmlosem Pfländerpiel, bis mit dem ersten Hagenschrei abermals ein Diener der heiligen Hermendad störend in die beschauliche Runde einbrang. Und was meint ihr, was geschah? Nicht bleiches Entsetzen vor der drohenden Strafe tat sich kund, sondern mit eblem Anstand erhob sich der Sprecher der morgendlichen Runde, um, frei von Sorgen, dem Hüter der Ordnung zu bedeuten, er möge seine Pflicht tun, seine Freunde aber durch tröstliche Zuversicht zu stärken, daß, wenn schon in diesen Tagen 60 Schwerverbrecher einer Amnestie teilhaftig geworden sind, auch ihnen, die sie doch zu so patriotischem Tun verammelt waren, ein solcher Gnadenakt harre.

Sprach's und räumte mit seinen Getreuen die gastliche Stätte, derweil der Hüter der Ordnung seine Patrouille in dem Bewußtsein fortsetzte, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind.

Und die Moral von der Geschicht: Respektierst du die Polizeistunde nicht, vertrau auf Amnestie und Kammergericht! st.

### Neubaldensleben

Arbeiter-Gesangverein Einigkeit am Dienstag den 11. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr, Übungsabend für beide Chöre mit anschließender Generalversammlung. Alle aktiven und passiven Mitglieder müssen erscheinen.

### Kreis Calbe

#### Gemeindevertreter-Sitzung.

Den Gemeindevertretern liegt der Abschluß des Rechnungsjahres 1926/27 (das ist die Zeit vom 1. April 1926 bis 31. März 1927) der Gemeinde- und Schulkasse vor. Bei der Gemeindefasse betragen die Einnahmen 108 816,81 Rm., die Ausgaben 88 066,13 Rm., so daß ein Restbestand von 20 750,68 Rm. blieb. Diese Summe ist zu Wahlkreisverweiden mit Gewalt herausgewirksam worden. Dem Fernstehenden wird es höchst jandaberz erscheinen, daß die hiesige Gemeinde am Jahresabschluss einen so hohen Ueberschuß hat. In einem demnächst erscheinenden Artikel werden wir näher auf diese Angelegenheit eingehen. Die Schulklasse schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 15 764,18 Rm. ein. Einstimmig wird dem Kassenvorstand Entlastung erteilt.

Für die Herstellung von Särgen für mittellose Ortsangehörige soll eine feste Summe bewilligt werden. Der bürgerliche Vertreter Knopf sorgte für einen „Humor“, der den Gemeindevertreter zwingt, vernünftig einzugreifen, das geschah wohl das erste mal in seiner Amtstätigkeit. Es war ihm sehr sehr peinlich, zu hören, daß sich zwei Vertreter seines „Ordnungsblocks“ allerlei Liebenswürdigkeiten jagten. Jedenfalls sind alle Gemeindevertreter von dem Wunsch befreit, daß sich bei der Anfertigung von Särgen auf Kosten der Gemeinde die Gemeinde nicht blamieren darf. Und das mit Recht! Die Zeit der geradezu berüchtigt gewordenen Kassenquerei ist hoffentlich für immer vor-

bei. Der Gemeindevorstand soll die Angelegenheit erledigen; als Höchstmaß für einen Sarg werden 80 Rm. bewilligt. Für das Reinigen des Amisbureaus wurde bisher ein monatlicher Satz von 8 Rm. gezahlt. Ein Antrag der Kleinmachefrau verlangt 15 Mark. Die Vertretung bewilligt einstimmig 12 Mark. Die Einwohner Holz, Holz und Gese, Friedrichstraße, haben den Antrag gestellt, die Gemeinde möge ihnen gestatten, zur Entwässerung ihrer Grundstücke die Röhren der bestehenden Drainageleitung vom alten Friedhof zur Neuanlage einer Leitung zu benutzen. Die Gemeindevertretung stimmt dem zu mit der Maßgabe, daß auf alle Fälle ein Anschluß an die bestehende Drainageleitung auf irgendeine Art möglich gemacht werden muß, um irgendwelchen Gesuchansprüchen der weiter oben Wohnenden vorzubeugen. Die Auffüllung des Grabens nach der Gartenseite in der Feldstraße war bereits vorgesehen und soll demnächst erledigt werden. Debatteles bewilligt wird das Geld für den Ankauf eines Elektrifizierapparats für die Gemeinde; ebenso werden die Mittel für die Erweiterung bzw. den Neubau des Feuerwehr-Geräteschuppens hergegeben.

Es ist notwendig geworden, das Pflaster in der Müllerstraße um ungefähr 10 Meter nach der Feldseite zu verlängern. Die Gemeindevertretung ist von der Notwendigkeit überzeugt und stimmt debattelos zu. Im Gemeindehaus, Kleine Straße 17, soll die Wohnzimmerein für die Wohnung, Stube und Küche monatlich 4 Rm. Miete bezahlen. Der Gemeindevorsteher hatte 5 Rm. in Vorschlag gebracht. Die organisierte Arbeiterschaft sollte mehr Interesse für die Sitzungen bekunden und regelmäßig erscheinen.

### Sarbu

Kommunalsteuern 1927/28. Der Bezirksausschuß Magdeburg hat mit Beschluß vom 1. September mit Zustimmung des Oberpräsidenten vom 22. September die Erhebung folgender Kommunalsteuern für das Rechnungsjahr 1927/28 genehmigt: 200 v. H. Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer von den bebauten Grundstücken, 300 v. H. von allen übrigen Grundstücken, 650 v. H. von den staatlich veranlagten Gewerbesteuergrundbeträgen nach dem Ertrag, 1900 v. H. nach dem Kapital, 20 v. H. über die Hundsteuer von den Gewerbesteuergrundbeträgen hinaus für Zweigstellen und Schankbetriebe sowie für den Kleinhandel.

Großfeuer in Südbertk. Ein gewaltiger Feuerschein wurde am Freitag abend in südbertkischer Richtung gesichtet. In Südbertk war Großfeuer, und zwar brannte die große Scheune des ehemaligen Ritterguts Majok. Das Feuer brach auf bisher ungeklärte Weise aus und verbreitete sich sehr schnell, da es in den dort lagernden Vorräten an Getreide, Stroh, Heu usw., die mehreren Landwirten gehörten, reiche Nahrung fand. Die in der Nähe befindlichen Gebäude konnten trotz des herrschenden Westwindes gehalten werden. Die Großrosenburger Autospritze war in 10 Minuten zur Stelle. Außerdem trafen acht weitere Wehren mit vier Motorspritzen ein. Die Hauptarbeit übernahm Calbe. Der entstandene gewaltige Schaden ist durch Versicherung zum größten Teile gedeckt.

Parteierversammlung am 14. Oktober. Genosse Ernst Wille (Magdeburg) spricht über Wirtschaftskragen.

### Siedendoe

Berein für Freidenkertum und Feuerbestattung. Zur langsam bricht sich die Freidenkerbewegung Bahn in unserm Ort. Obgleich sie mit der Kirche nichts zu tun haben wollen, können sich die Arbeiter und vor allem die Frauen nicht entschließen, ihre den Rücken zu kehren, den Austritt zu erklären. Die Kirchenzeitung wird in erlaunlich hoher Auflage gelesen. Nur so ist es erklärlich, daß die öffentliche Versammlung der Freidenker nicht den Besuch aufwies, den man erwartet hatte. Genosse Reinhardt (Magdeburg) referierte über das Thema „Jesus oder Marx“. In leicht verständlicher Weise schilderte er die Geschichte der Religionen und die heutige Machtstellung der Kirche. In der Diskussion versuchte ein Kommunist die Sache ins parteipolitische Fahrwasser zu ziehen. Die Versammlung lehnte jedoch den Sokusfokus ab. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten beendete der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, sich der Freidenkerbewegung anzuschließen. Vielfach hört man die Ansicht, daß der Kirchenaustritt Geld koste. Die Austrittserklärung kann unentgeltlich im Amtsgericht Schönebeck abgegeben werden.

### Frohle

Parteierversammlung. Die Versammlung am Freitag war gut besucht. Der zweite Vorsitzende, Genosse Claus, gab bekannt, daß der erste Vorsitzende, Genosse Dübner, seinen Posten niedergelegt hat. Der geschäftliche Teil wurde ohne Debatte erledigt. Genosse Claus wies darauf hin, daß der Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder vom 1. Oktober an 15 Pf. beträgt. Zur Stärkung des Wahlfonds wird ein Wochenbeitrag pro Mitglied und Vierteljahr erhoben. Ebenfalls sollen Sammellisten herausgegeben werden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Karl D u l d h a r d t einstimmig gewählt. Die Bildungs-Konferenz am 6. November in Magdeburg soll von mehreren Delegierten besucht werden. In der kommunalpolitischen Versammlung im „Stadtpark“ in Schönebeck am 23. Oktober werden sich viele Genossen beteiligen. Den Kassenbericht gab der Genosse K r a u s e. Im letzten Vierteljahr konnten 80 Mitglieder, und zwar 25 männliche und fünf weibliche gewonnen werden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Über die Werbeweche wurde rege debattiert. Noch viele stehen abseits, die zu gewinnen sind. Jeder Genosse muß für die Partei und für die Presse werden. Der Vorstand wurde beauftragt, eine Frauengruppe zu organisieren, in



# Weiches Wasser

und gleichzeitig fetthaltige Lauge gibt Dr. Thompson's Seifenpulver.

In diese schmutzlockernde Lauge muß abends die Wäsche eingelegt werden. Morgens nach leichtem Durchwaschen gibt man sie in den Kessel mit kalter Ozonil-Lauge zum Klarwaschen und Bleichen durch ein viertelstündiges Kochen.

Schneeweiß und sauber können Sie die Wäsche dem Kessel entnehmen.

Das nennt man gründlich und hygienisch waschen!

\* Ozonil (Schutzmarke Schwan) das neue selbsttätige Wasch- und Bleichmittel aus den Fabriken von Dr. Thompsons Seifenpulver ist überall erhältlich.





der zugleich die Arbeiterwohlfahrt ausgebaut werden soll. Fünfzehn Frauen gehören der Partei an. — Den Gemeindebevollmächtigten gab Genosse K a n d e l. Hier wurde hervorgehoben, daß die Biersteuer vom Regierungspräsidenten vorgeschrieben worden ist. Genosse P e t e r s (Magdeburg) nahm noch im Verlauf der Versammlung Stellung. Er bedauert es sehr, daß Genosse Dübner seinen Posten niedergelegt hat. Die Ausführungen zur Werbearbeit gaben den Genossen manchen Wink. Die Wintermonate sollen zur Bildungsarbeit in den Versammlungen ausgenutzt werden; Referenten stehen zu jeder Zeit zur Verfügung. Genosse K r a u s e gab noch einen kurzen Geschäftsbericht von der Konsumgenossenschaft und betont, daß das Lager 34 nicht an letzter Stelle steht; der Umsatz im Jahre 1926/27 ist auf über 120 000 Mark gestiegen. Nach Ausführungen über örtliche Angelegenheiten wurde beschlossen, in kurzer Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um über die Arbeiten der Gemeindeverwaltung fröhliche Aussprüche zu geben. Mit einer Ermahnung an die Mitglieder, die Werbearbeit rege zu betreiben, schloß Genosse C l a u s die Versammlung. —

**Neue Kleingartenkolonie.** Sonnabend 20 Uhr Interessenten-Versammlung in der „Grünen Lanne“.

**Stöße**  
**Freigesprochen.** Vor dem Schöffengericht in Schönebeck hatte sich der Elektriker Karl S. wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Er wurde freigesprochen, da die Verhandlung ergab, daß S. nicht die Absicht hatte, persönliche Vorteile zu erzielen, sondern im guten Glauben gehandelt hatte. Die Anzeige wurde seinerzeit von dem Vormund der Kinder aus erster Ehe der Ehefrau W. gemacht. Für eins der Kinder sollte ein Antrag auf Verlängerung der Unterstützung gestellt werden. Der Vormund scheint sich aber um die Fürsorge seiner Pflegebefohlenen wenig gekümmert zu haben und so unterschrieb S. den Antrag, nachdem man ihm versichert hatte, daß der Vormund davon unterrichtet sei. Der Vormund bestritt das, aber Zeugen widerlegten seine Behauptungen. —

**Stadtkreis**  
**Die Partei der Frauen.** Mit Rücksicht auf sein hohes Alter ist der Parteisekretär unersetzbar, Genosse W i c g o r o w s k i, von seinem bisher voll ausgeübtem Amt als Stadtverordneter zurückgetreten. An seine Stelle tritt die Genossin Johanne Schumann, Pfaffenstraße 17, in das Parlament ein. Mit ihr sind nunmehr zwei weibliche Vertreterinnen der Sozialdemokratie als Stadtverordnete in unserm Orte tätig. —

**Stadtverordneten-Sitzung** am Dienstag den 11. Oktober, 17 Uhr. Nochmalige Entscheidung über den von der Aufsichtsbehörde zurückverwiesenen Haushaltsplan. —

**Stadtkreis Albersleben**  
Die Kabellegungsarbeiten bei der Einrichtung unserer neuen Stromleitungsnetzes für das Elektrizitätswerk machen gute Fortschritte. Die nötigen Kabel sind nunmehr eingetroffen. In 8 bis 4 Wochen werden alle Straßenkabel gelegt sein. Die Arbeiten sind zum Teil auf Schwierigkeiten gestoßen wegen der Bodenbeschaffenheit. Die Herstellung der Hausanschlüsse hat ebenfalls begonnen; sie läuft parallel mit der Legung der Straßenkabel. Zurzeit werden mit den Erdarbeiten etwa 40 Arbeiter beschäftigt. Es wird uns darüber folgendes geschrieben: „Es sind bis auf einige wenige Ausnahmen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die in der Arbeitslosenversicherung schon ausgeteuert sind. Zuweilen muß in Ueberstunden, ab und zu auch Nachts, gearbeitet werden. Das hat natürlich die Mißbilligung solcher Arbeitsloser erregt, die auch gern mit beschäftigt sein wollen, aber nicht angenommen werden. Es sind dieserhalb schon Beschwerden bei der Bauleitung erhoben worden. Nach deren Meinung kann aber nicht in zwei Schichten gearbeitet werden, schon mit Rücksicht auf die kurze Zeit der Tageshelle. Aus technischen Gründen könnten auch nicht mehr Leute eingestellt werden. Die Nacharbeit sei nur ausnahmsweise zur Fertigstellung dringender Arbeiten, um den Verkehr nicht zu lange zu behindern, durchgeführt worden. Die Bauleitung will aber in der Richtung der Milde der Beschwerden nachgeben.“ —

**Aus der Altmark**  
**Straßensperre.**  
Die Verbindungsschaulsee Elbersdorf bis zur Kreisstraße Zangermünde-Überitz ist wegen Umbaus der Zangerbrücke für sämtliche Fahrzeuge gesperrt. Der Verkehr von Elbersdorf nach Überitz wird über Demfer und Weismarthe vermießen. Die Brücke wird in nächster Woche voraussichtlich fertiggestellt. Die Freigabe für den Verkehr kann jedoch erst in 3 Wochen erfolgen. —

**Gerdelegen**  
**Vorstandssitzung** des Parteivereins am Dienstag den 11. Oktober, 20 Uhr, beim Genossen Müller. —

**Jäbenitz**  
**Solauktion** der Oberförsterei Jäbenitz am Donnerstag den 18. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Willeßen Gasthof. —

**Alße**  
**Motorrad gegen Kartoffelwagen.** Auf der Chaussee, in der Nähe von Ruseh, ereignete sich spät abends ein Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem unbeladenen, auf der falschen Seite fahrenden Kartoffelwagen. Glücklichweise kam der Motorradfahrer mit unbedeutenden Verletzungen davon, während sein Fahrzeug stark beschädigt wurde. —

**Neuendorf am Speck**  
**Der Tod als Freund.** Durch Erhängen machte ein Grundbesitzer seinem Leben ein Ende, der an einer Krankheit litt, die ihn schon in die Irrenanstalt geworfen hatte. —

**Wieder ein Einbruch.** In die unweit vom Dorfe gelegene Villa von Mertens wurde kürzlich in den Nachstunden eingebrochen. Die Diebe zerstückelten eine Fenster Scheibe und stiegen in den Keller ein. Mitgenommen wurden Konferven, Wurst, Fleisch, einige Flaschen Wein u. a. Die Landjägererei konnte die Täter noch nicht ermitteln. —

**Osternberg**  
**Einbruch.** In den Schuppen des Privatmanns A. an der Seehäuser Straße wurde in der Nacht zum 7. Oktober eingebrochen. Entwendet wurden zwei Segeltuchdecken, zwei Spaten, eine Art, eine Säge, zwei Garten und ein schwerer Hammer. —

**Schiffbringe**  
**Öffentliche Versammlung.** Am Freitag den 7. Oktober fand hier eine öffentliche Beamtenversammlung statt, die vom Reichsbund der Beamten und Angestellten im Gemeinde- und Staatsbeamten-Verband einberufen war. Referent war Kollege N a u m b u r g e r (Dresden). Den Beamten, so führte er aus, sind seit 1924 Versprechungen gemacht worden, vor allem den untern Gruppen. Die jetzige Besoldungsreform ähnelt der Besoldung, die vor dem Kriege bestand. Vor dem Kriege bekamen die obere Beamtengruppen siebenmal mehr an Gehalt als die untern. Die jetzige Reform ist noch schlechter; sie schafft ein Verhältnis von 1 : 8. Die beste Besoldung war die von 1920; da bekamen die oberen nur 2 1/2 mal mehr an Gehalt als die untern Beamten. Der Redner brandmarkte auch das Verhalten der Beamtenvertreter des Deutschen Beamtenbundes im Reichstag. Interessant waren seine Ausführungen über das Wohnungsgeld der hohen Beamten. Der hohe Beamte bekommt mehr Wohnungsgeld vom 1. Oktober an als der untere Beamte Gehalt bekommt. Reichsfinanzminister Köhler nennt das „soziale“ Besoldungsreform. Zum Schluß machte der Vorsitzende Barth bekannt, daß am 11. Oktober, vormittags um 9 Uhr, in G a d e l e g e n vor dem Arbeitsgericht die Verhandlung in Sachen der Kollegin Sänger stattfindet; er bittet um zahlreiche Beteiligung. —

**Öffentliche Volksbücherei Zangermünde**  
**Knabenkinderkinderstr. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr**

**Stadtkreis Stendal**  
**Generalversammlung der Partei.**

Die Versammlungen der Partei werden von jetzt an jeden ersten Freitag im Monat stattfinden. In der Generalversammlung am letzten Freitag wurde an Stelle des aus dem Vorstand ausgeschiedenen Genossen Otten einstimmig Genosse A l b e r t T r u m p f zum ersten Vorsitzenden gewählt. Eine würdige Revolutionsfeier soll auch in diesem Jahre begangen werden. Genosse M ü l l e r berichtete über das geplante Programm. Am Montag den 7. November soll die Feier im Stadttheater, unter Mitwirkung des Stadttheaters, der Freien Sängerschaft und des Sprechchors der Arbeiterjugend stattfinden. Die Feste wird der Bezirkssekretär, Genosse F e r l (Magdeburg), halten. Als Theaterstück ist vorgesehen: „Die größte Sünde“ von Otto Ernst. Programme werden im Vorverkauf zum Preise von 90 Pfennig vertrieben. Die Plätze werden an der Abendkasse verlost. Eine U m s p r a c h e, an der sich die Genossen Hermann Nagel, Kreuzmann, Seifert, Kiple, Martin, Gruf, Nique und Trumpf beteiligten, gab dem Vorstand noch manche gute Anregung.

Ueber die W e r b e w o c h e vom 6. bis 13. November sprach Parteisekretär Genosse M ü l l e r. Im nächsten Jahre haben wir Aufgaben zu erfüllen, wie sie uns seit langem nicht gestellt waren und besonders in der Altmark werden wir um jede Stimme kämpfen müssen. In der Werbewoche muß zur Vorbereitung der Wahlkämpfe vor allem auch für die „Volksstimme“ gewonnen werden. Genosse Müller behandelte dann noch wirtschaftliche Fragen. Auch auf diesem Gebiet haben uns unsere Gegner reichlich Stoff zur Agitation geliefert. In den einzelnen Gewerkschaften müssen unsere Funktionäre immerfort auch für die parteipolitische Organisation der Arbeiterjugend eintreten. Der Redner gab dann noch beachtenswerte Ratschläge für die Art der Werbearbeit. In der U m s p r a c h e beteiligten sich die Genossen Trumpf, Kreuz, Seidenstüder und Schleener. Genosse Müller gab noch den Hausfrauen mit auf den Weg, bei Einkäufen unsere Geschäfte zu besuchen und nicht zu schwarzweißroten Geschäftsleuten zu laufen. Auch zum Inszerieren in der „Volksstimme“ muß die Geschäftsleute durch unsere Frauen erzoogen werden.

Auf das Frauentreffen am Sonntag den 16. Oktober wurde besonders hingewiesen. Vom Genossen N a a r s wurde nach angeregt, Lichtbildervorträge zu veranstalten. Genossin M ü h l w i e s auf den am Dienstag den 11. Oktober stattfindenden Frauen-Unterhaltungsabend hin. Genosse K r e u z erinnerte daran, daß bei Unglücksfällen und Transporten die Arbeiter-Samariterkolonne bereit steht. —

**Kleingartenpreise.** Die für das Nachjahr 1921/25 gültig gemessenen Pachtpreise für Kleingärten gelten auch für 1927/28.  
**Güter- und Güterabfertigung.** Seit dem 1. Oktober sind die Schalter der hiesigen Güter- und Güterabfertigung für die Annahme und Ausgabe von Fracht und Gütern von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr geöffnet; an Sonntagen nur Güterabfertigung wie bisher von 8 bis 10 Uhr. Eypregüter werden zu jeder Zeit am Gepäckschalter angenommen und ausgegeben. —

**Frühling im Herbst.** In einem Garten hinter einem Grundstück in der Windemannstraße konnte man in diesen Tagen einen Kirschbaum zum zweitenmal blühen sehen. —

**Auf dem Wochenmarkt** kosteten: Schweinefleisch 1,10 bis 1,30 Mk., Rindfleisch 1,20 bis 1,40, Kalbfleisch 1,20 bis 1,40 Mk., Schaffelfülze 40 Pf., Schlachtwurst 1,90 bis 2,00 Mk., Bratwurst 1,60, Mettwurst 1,40 bis 1,60, Polnische 1,60, Kochwurst 1,20 bis 1,40, Würstchen 1,50, Schmalz 1,40, ger. Speck 1,40, Schinkenpfed 1,70 bis 1,80 Mk., Hammelfleisch 1,20 bis 1,30 Mk., Geflügel: Rindfleisch 0,80 bis 1,10, Leber 1, Hammelfleisch 1 bis 1,10 Mk., Bauernkäse Rolle 70 Pf., Käse 30 Pf., Eier Stück 15 Pf., Weizenbrot 6 Pf., Roggenbrot 10 bis 15 Pf., Rosenbrot 10 Pf., 50 Pf., Weizenbrot 10 Pf., Roggenbrot 10 Pf., Kartoffeln Penner 2,50 bis 4,50 Mk., Blumenkohl Stück 5 bis 60 Pf., Pflaumen 10 Pf., Birnen 20 bis 30 Pf., Äpfel 10 bis 30 Pf., grüne Bohnen 20 bis 30 Pf., Lauben 90 Pf., Föhner 10 Pf., 0,90 bis 1,00 Mk., Gähnen 1,20 Mk., Tomaten 10 Pf., 20 Pf., Mölkereibutter 10 Pf., 2,30 Mk., Landbutter 2,10 Mk., Seife 10 bis 60 Pf.,

Wienhonig (rein) 1,50 Mk., Zwiebeln 15 Pf., Saffische 80 bis 60 Pf., Hechte 1,00 Mk. —

**Auf dem Fundbureau** sind ein Portemonnaie mit Inhalt, eine Brille, eine Damenhandtasche mit Portemonnaie, eine Zigarentasche und ein Fahrrad abgegeben worden. —

**Frauenunterhaltungsabend** am Dienstag den 11. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**In's Leben hinein!** Der Verband für Freiberufliche und Feuerbestattung veranstaltete am Sonntag im Saale des Gewerkschaftshauses eine Lebensweiche. Grüne Bäume und Blumen verliehen dem Raum einen feierlichen Eindruck. Kom Rednerpult leuchtete die rote Fahne des Sozialismus herunter. Etwa zehn Säuglinge (Knaben und Mädchen) erhielten die Weihe. Bezirksvorsitzender Genosse S t i l l e r (Magdeburg) hielt die Weiherede. Musikvorträge waren Auftakt und Ausklang der Wehe. Ein Lebensbuch soll den Kindern mit auf den Weg gegeben werden. Die Feier hinterließ einen tiefen Eindruck auf alle Anwesenden. —

**Wahlen zur Angestelltenversicherung** am Sonntag den 20. November, und zwar für die Arbeitgeber von 11 bis 18 Uhr, für die Angestellten von 16 bis 18 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungs-saal. Es sind zu wählen sechs Vertrauensmänner und 12 Ersatzmänner. —

**Die Grundvermögens- und die Hauszinssteuer** sind vom 10. bis 15. Oktober von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr zu entrichten, und zwar: am 10. Oktober Hebebezirke 1, 5, 8; am 11. Oktober Hebebezirke 2, 6, 10; am 12. Oktober Hebebezirke 3, 7, 11; am 13. Oktober Hebebezirke 4, 12, 13; am 14. Oktober Hebebezirke 9, 14, 15 und am 15. Oktober die Reste. —

**Sechsjähriges Mädchen überfahren.** In Badingen er eignete sich ein folgenschweres Unglück. Von einem angefahrenen Wagen, auf dem sie saß, schlug die sechsjährige J. herunter. Dabei gingen ihr die Räder über den Leib. Schwerverletzt wurde sie in das Johanniter-Krankenhaus eingeliefert. —

**Festnahme wegen Mordverdachts.** Unter dem Verdacht, einen Arbeiter Erwin W. in Hamburg ermordet zu haben, wurde am Freitag auf dem Rittergut Hohentoulich ein Mann festgenommen.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**  
Burg. Führersitzung Mittwoch abend 8 Uhr bei Schrader. —

**Briefkasten**  
**Berichterstatler Barleben:** Die Behauptung in der Parteiverammlung, daß der Brief mit dem Bericht über die Gemeindeververtretung bereits vor 9 Uhr vormittags in der Redaktion abgegeben wurde, ist irrig; der Brief wurde kurz nach 11 Uhr abgeliefert. —  
**Berichterstatler Groß-Dietze:** Mitteilungen von Versammlungen und Sitzungen können nicht mehrmals wiederholt werden. —

**Aus den Gerichtssälen**  
**Gehalte, die jeder Beschreibung spotten**

In Magdeburg existierte bis vor nicht allzulanger Zeit eine Geschäftsstelle der Selbsthilfe-Krankenversicherung des Mittelstandes auf Gegenzeitigkeit. Die Direktion dieser Krankenkasse befindet sich in Breslau. Geschäftsführer war in Magdeburg ein Dr. Fritz Seckpand, sein Vertreter ein junger, intelligenter Handlungsgehilfe Gerd Gressin. Die beiden leitenden Personen der Magdeburger Filiale waren, ehe sie nach Magdeburg kamen, in Breslau beschäftigt, wo es üblich war, daß das Gehalt monatlich im voraus gezahlt wurde. Als sie nach Magdeburg versetzt wurden, erfuhr die Gehaltszahlung plötzlich eine Aenderung, so daß die beiden Angestellten nach Magdeburg führen, ohne das zustehende Monatsgehalt zu bekommen. Sie mußten ins Ende des Monats warten, ehe sie wieder ein paar Mark in die Hände bekamen. Da aber die Selbsthilfe — so wollen wir die Krankenversicherung kurz nennen — sowieso erbärmliche Gehalte bezahlte, gerieten die beiden Angestellten schon im ersten Monat ihrer Magdeburger Tätigkeit in Schulden, aus der es für die beiden Männer erst nach Begehung einiger Unredlichkeiten wieder ein Entrinnen gab.

Wegen dieser Unredlichkeiten hatten sich Dr. Seckpand und Gressin vor dem Erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Gressin ist der gewandteste der Angeklagten, der zunächst erst einmal sofort alles eingestand, was ihm zur Last gelegt wurde, der aber auch für seine Verfehlungen derartig wirkende Erklärungen wußte, daß trotz der Schwere der Verfehlungen beide Angeklagte mit Bewährungsfrist davorkamen. Dr. Seckpand hat Jura studiert, hat vier volle Jahre, zuletzt als Offizier, im Felde ge-dient, hat sich nach Kriegsschlus den Dokortitel geholt und hat dann, weil er passende Stellen nicht fand, im Versicherungs-jahr gearbeitet. Zuvor war er beim schlesischen Landbund tätig, wo er aber abgebaut wurde, weil auch der Landbund nicht mehr recht zahlungsfähig war, den offenen Konturs aber vermeiden wollte. In der Selbsthilfe fand Dr. Seckpand Stellung. Er bekam in Breslau zunächst ein Monatsgehalt von — 185 Mark. Um seine Bezüge verbessern zu können, wurde ihm die Leitung der neugegründeten Magdeburger Geschäftsstelle angeboten, in der er als Mann mit einem Dokortitel, dem eine große Arbeits-last aufgebürdet wurde und zu dem die Direktion unabhängiges Vertrauen besitzen mußte, für monatlich — man höre — mit 160 Mark angestellt wurde. Mit diesen 160 Mark sollte der Angeklagte den Repräsentanten der Magdeburger Kasse markieren, er sollte sich als alleinstehender Mensch durchs Leben schlagen und sollte sich womöglich von dem Hungerlohn auch noch leben. Beschreiben berichtet der Angeklagte vor Gericht, daß er für 50 Pf. in der Magdeburger Suppenküche täglich essen mußte, um überhaupt bestehen zu können. Gressin ging es mit seinen 185 Mark natürlich ebenso. Als er seine Direktion bat, ihn wieder nach Breslau versetzen zu wollen, wo er bei seinen Eltern wohnen konnte, bekam er zur Antwort, daß er als stellvertretender Magdeburger Geschäftsführer angestellt würde, mit einer monatlichen Zulage von — 4,20 Mark.

Es dauerte natürlich nur wenige Monate und die beiden Geschäftsführer der Magdeburger Selbsthilfe waren bis über

**Sulima**  
CIGARETTEN

**Tag für Tag**  
erwirbt sich die Sulima-  
Deutschmeister Cigarette  
durch die ausgezeichnete  
Qualität neue Freunde.

**4**

**Deutschmeister**

KON LINON











